

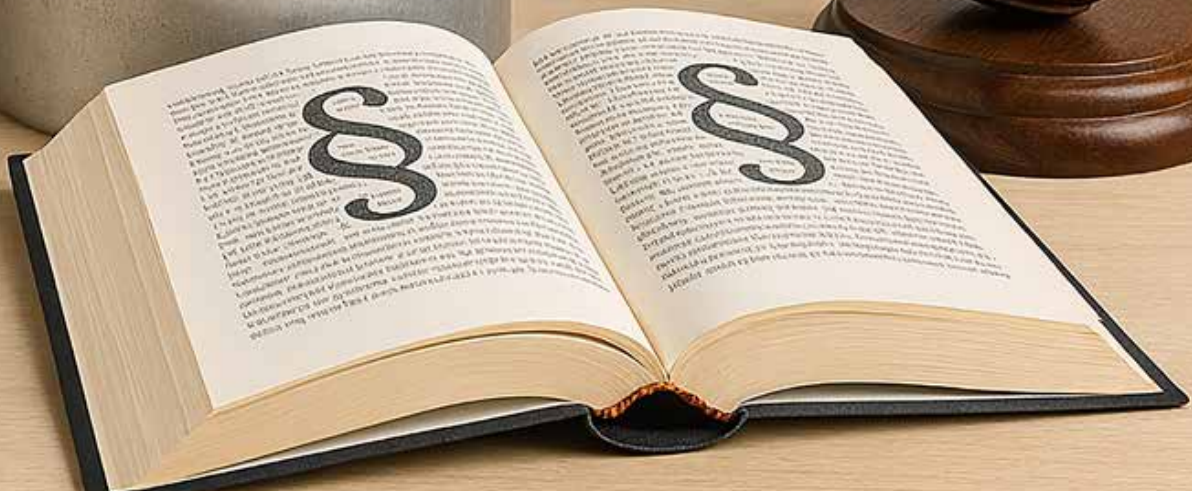
IG-MILCH **POST**



Das Mitgliedermagazin der IG-MILCH
überparteilich und unabhängig

Ausgabe 87 | November 2025

Österreichische Post AG | SM 08Z037827 S
IG-Milch, Amesschlag 30, 4190 Bad Leonfelden



Gericht stoppt Milchdiktat!

Ein österreichisches Gericht bestätigt: Die einseitige Preiskürzung der SalzburgMilch war unrechtmäßig – ein Meilenstein für faire Preise und die Rechte der Bäuerinnen und Bauern. „Dieses Urteil ist ein Ereignis, dass eine wirkliche Veränderung bringen könnte. Es beweist, dass die gängige Praxis der Molkereien, Preise nach Lust und Laune zu kürzen, nicht rechtens ist. Das Recht steht auf unserer Seite.“ – Ewald Grünzweil, Obmann der IG-Milch

Foto: erstellt mit Microsoft Copilot



Offen gesprachen

Wenn Kontrolle nur unten stattfindet

Manchmal habe ich das Gefühl, wir leben in einer Welt, in der Kontrolle nur in eine Richtung funktioniert – nämlich von oben nach unten.

Wenn bei einem Bauern etwas nicht passt – ein Formular fehlt, eine Stallkontrolle bemängelt eine Kleinigkeit –, steht rasch jemand vor der Tür.

Wenn aber ein Konzern wie Raiffeisen, dem halb Österreich oder mehr gehört, über Jahre Bauern übervorteilt oder die Politik und Behörden nicht der Würde und Bedeutung ihres Amtes entsprechend ermitteln, dann passiert – nichts.

Wir reden ständig von Fairness, Tierwohl, Nachhaltigkeit und Verantwortung. Aber wer kontrolliert jene, die diese Worte täglich gebrauchen? Wer prüft, ob die Versprechen der Politik oder der Konzerne auch eingehalten werden?

Die Demokratie lebt davon, dass Macht geteilt und überprüft wird – so wie ein gesunder Betrieb davon lebt, dass alle Aufgaben gemacht werden, nicht nur die, die gerade leicht gehen. Doch genau hier schaut es finster aus: Während die Justiz mit dem Urteil gegen die SalzburgMilch gezeigt hat, dass sie funktionieren kann, wirkt die Bundeswettbewerbsbehörde wie gelähmt. Und viele, die Verantwortung hätten, ducken sich weg oder reden die Probleme schön.

Inhaltsverzeichnis

Einladung zur Jahreshauptversammlung	3
Presseausendung	4
Milch, Mehl und Macht: So beherrscht Raiffeisen	8 – 11
Österreichs Grundnahrungsmittel	14,15
Buchtip: Greenwashing von Ursula Bittner	25

IMPRESSUM: Medieninhaber, Verleger und Herausgeber: IG-Milch, Ewald Grünzweil, Amesschlag 30, 4190 Bad Leonfelden. Layout & Druck: Druckerei Bad Leonfelden GmbH, Fotos: IG-Milch. Die „IG-MilchPost“ ist das Informationsblatt für die Mitglieder des Vereins Österreichischer Grünland- und Rinderbauern. Sie versteht sich als unabhängig und überparteilich. Bankverbindung: Sparkasse Mühlviertel West, IBAN: AT722033402600010488, BIC: SMWRAT21

Zur Demokratie gehört auch eine funktionierende Gewaltenteilung – also Gerichte, Verwaltung, Medien und Behörden, die unabhängig handeln. Wir als bäuerliche Betriebe sind darauf angewiesen, dass diese Institutionen funktionieren. Wenn aber eine Behörde wie die Bundeswettbewerbsbehörde ihrer Aufgabe nicht nachkommt, dann gefährdet das Fairness, Vertrauen – und letztlich die Demokratie selbst.

Wenn Demokratie, Medienfreiheit und Kontrolle verschwinden, dann ist auch Fairness bald Geschichte. Und ohne Fairness hat unsere Landwirtschaft keine Zukunft.

Und dann gibt's tatsächlich Leute, die sagen: „In Ungarn läuft's ja auch.“ Ja eh – läuft schon. Aber halt nur für die, die oben sitzen. Genau das dürfen wir hier nie zulassen. Darum bin ich dankbar, dass es noch mutige Medien gibt, die hinschauen und nachfragen – wie das *Moment Magazin*, *Kontrast* oder *Der Standard*.

Sie zeigen, dass Unabhängigkeit noch möglich ist. Und genau das ist auch unsere Aufgabe als IG-Milch: **dranbleiben, unbequem bleiben, echt bleiben.**

Denn Fairness ist kein Zertifikat, das man einmal im Jahr verlängert – sie ist eine Haltung. Jeden Tag.

Ich lade euch herzlich ein, bei unserer Jahreshauptversammlung am 6. Dezember 2025 in Dietach dabei zu sein – gemeinsam wollen wir über Demokratie, Verantwortung und Zukunft reden.

Die Familie K. aus Schleedorf hat € 100 überwiesen als Mitgliedsbeitrag! Vielen Dank dafür!
In den Buchungsdetails stand: Mitgliedsbeitrag + Spende! **Gott sei Dank, dass es euch gibt!**

Grünzweil Ewald

Einladung zur

Jahreshauptversammlung der IG-Milch

WIR FREUEN UNS

6

DEZEMBER

2025

IM LANDGASTHOF „WIRT IM FELD“

4407 STEYR/DIETACHDORF,

ENNSER STRASSE 99,

TEL. 07252 38222

10.00 Uhr / ab 13.00 Uhr öffentlich

TAGESORDNUNG:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Totengedenken
3. Genehmigung des Protokolls der letzten Generalversammlung
4. Tätigkeitsbericht des Obmannes
5. Bericht des Kassiers
6. Bericht der Rechnungsprüfer
7. Entlastung des Vorstandes
8. Allfälliges
9. Zwischen 12.30 und 13.00 Uhr
wird uns Ursula Bittner von Greenpeace
ihr neues Buch Greenwashing vorstellen ([siehe Seite 25](#)).

Ab 13.00 Uhr
Vortrag von Dr.in Christine Haiden:
„Wie viel Zukunft hat die Demokratie?“

[Ausführliche Informationen zum Vortrag entnehmen Sie bitte Seite 5.](#)

Gerne weitersagen – ab 13.00 Uhr öffentlich

Kommentar von Ewald Grünzweil

Wie viel Zukunft hat die Demokratie?

Wenn man sich anschaut, wie derzeit über Politik gesprochen wird, dann merkt man: Wir sind an einem gefährlichen Punkt. Öffentliche Diskussionen über die „Krise der Demokratie“ drehen sich fast nur noch um Personen, Inszenierung und Schlagabtausch. Wer hat wen vor laufender Kamera härter abgekanzelt? Wer verkauft sein Buch besser? Wer gibt wem die Schuld? Aber die eigentliche Frage – wem können wir noch vertrauen, wer übernimmt Verantwortung, wer schützt die gemeinsamen Regeln? – wird kaum gestellt.

Genau da fängt das Problem an.

Eine Demokratie besteht nicht nur aus Wahlen. Demokratie heißt auch: Gewaltenteilung. Legislative, Exekutive, Judikative – also Parlament, Regierung, Gerichte – kontrollieren einander. Und dazu gehören unabhängige Behörden, die nicht für Parteien arbeiten, sondern für die Bürgerinnen und Bürger. Ohne diese Institutionen ist Demokratie nur mehr Kulisse. Für uns in der Landwirtschaft ist das kein theoretischer Punkt, sondern Alltag.

Wir sind darauf angewiesen, dass Justiz und Behörden funktionieren. Wenn Molkereien ihre Marktmacht missbrauchen, wenn Lieferanten unter Druck gesetzt werden, wenn Vertragsstrafen verhängt werden, die nach unserem Verständnis in kein faires System gehören, dann haben wir als Bäuerinnen und Bauern nicht viele Möglichkeiten. Wir haben kein Konzernrechtsbüro im Hintergrund. Wir sind auf den Rechtsstaat angewiesen.

Und man hat jetzt gesehen: Die Justiz kann funktionieren. Das Urteil gegen die SalzburgMilch hat klar festgestellt, dass bestimmte Vertragsklauseln gegenüber Milchlieferanten unzulässig sind. Das zeigt: Ein Gericht kann hinschauen, kann unabhängig entscheiden und kann Macht begrenzen. Das ist Demokratie in der Praxis.

Aber wir sehen leider auch das Gegenteil.

Wir gehen seit Jahren mit Unterlagen, Fällen und konkreten Beschwerden zur Bundeswettbewerbsbehörde. Wir legen dort die Lieferordnung der Berglandmilch vor, berichten über Behinderungen der Direktvermarktung, über Zwang rund um Programme wie „Tierhaltung plus“, über Strafzahlungen gegenüber ehemaligen Lieferanten. Und was bekommen wir zurück? Ausweichende Antworten, lange Funkstille, formale Floskeln. Wir hören Sätze wie „Bitte haben Sie Verständnis, laufende Verfahren können wir nicht kommentieren.“ –, aber keine klare inhaltliche Auseinandersetzung. Aus unserer Sicht ist das einer Behörde, die für fairen Wettbewerb zuständig ist, nicht würdig.

Und das ist gefährlich. Weil genau hier Vertrauen verloren geht.

Wenn Gerichte sagen: „Ja, da gab es unfaire Praktiken, und wir erkennen das an“, die zuständige Wettbewerbsbehörde aber auf Zeit spielt, sich hinter Verfahren verschanzt und nach außen praktisch nichts erklärt, dann bleibt bei den Leuten am Hof nur ein Eindruck zurück: Die Großen setzt sich eh keiner an. Und dieser Eindruck frisst die Demokratie von innen heraus, noch bevor irgendein Populist das Wort „System“ in den Mund nimmt.

Die Politikwissenschaftlerin Barbara Prainsack beschreibt das so: Autoritärer Populismus schafft die Demokratie nicht sofort ab. Er lässt die Institutionen stehen – Wahlen, Behörden, Medien – und höhlt sie dann langsam aus, dreht sie gegen ihren ursprünglichen Sinn. Und er lebt davon, dass Menschen irgendwann sagen: „Ich glaube euch das alles nicht mehr.“

Genau an dieser Kante stehen wir.

Ich verstehe wirklich nicht, wie man das alles sehen kann – und trotzdem sagt: „Na ja, in Ungarn ist es ja auch nicht so schlimm.“ Das ist brandgefährlich. Denn genau solche Zustände wollen die Parteien im rechten Spektrum auch hierzulande: Macht konzentrieren, Medien schwächen, Kontrolle ausschalten.

Unabhängige Medien sind ein zentraler Teil jeder Demokratie. Ohne sie gibt es keine Kontrolle, keine Aufklärung, keine Stimme für die, die sonst überhört werden. Wer, wie Viktor Orbán, die Medien gleichschaltet, schafft eine perfekte Fassade, aber keine Demokratie.

Darum möchte ich an dieser Stelle auch meine Wertschätzung für jene Journalistinnen und Journalisten ausdrücken, die mutig und unabhängig arbeiten – gegen Druck, gegen Einschüchterung, gegen wirtschaftliche Abhängigkeit. Besonders hervorheben möchte ich den Artikel im Moment Magazin, der sich kritisch mit der Machtverflechtung in Österreich auseinandersetzt. Solche Medien leisten echte demokratische Arbeit.

Denn wenn wir ehrlich sind: Der größte „Dominator“ in der österreichischen Demokratie ist kein Politiker, sondern ein System – Raiffeisen. Ein Konzern, der so tief in Politik, Wirtschaft und Medien verwoben ist, dass man sagen kann: Raiffeisen hat im Parlament Klubstärke. Menschen, die dort beschäftigt sind, könnten allein einen eigenen Parlamentsklub bilden. Das zeigt, wie ernst die Lage ist: Wir leben in einer Demokratie, die formell funktioniert, aber in zentralen Bereichen längst von wirtschaftlicher Macht überlagert wird. Darum ist das Thema unserer Jahreshauptversammlung heuer kein Luxus, sondern überlebenswichtig: „Wie viel Zukunft hat die Demokratie?“

Am **6. Dezember 2025 um 13 Uhr** beim **Wirt im Feld in Dietach** wird **Dr.in Christine Haiden** mit uns darüber sprechen, wie sich der ländliche Raum verändert, warum Vertrauen verloren geht, und wie man es zurückgewinnen kann. Christine Haiden ist nicht nur eine profilierte Journalistin und Autorin, sie ist eine genaue Beobachterin unserer Gesellschaft. Sie

redet nicht aus dem Elfenbeinturm, sie redet mit den Menschen. Genau diese Perspektive brauchen wir: Warum wenden sich Menschen ab? Warum sind viele wütend oder müde? Warum heißt es immer öfter: „Mit Politik will ich nichts mehr zu tun haben.“ Und noch wichtiger: Was machen wir jetzt konkret dagegen? Weil eines ist klar: Demokratie verliert man nicht in einem

großen Schlag. Man verliert sie Stück für Stück. Zuerst verliert man das Vertrauen. Dann verliert man die Stimme. Dann verliert man die Kontrolle. Solange wir reden, widersprechen, uns einmischen, haben wir sie noch. Ich freue mich, dass Christine Haiden kommt. Und ich freue mich, wenn viele von euch kommen.

Ewald Grünzweil

Einladung zum Vortrag von
Dr.in Christine Haiden

Wie viel Zukunft hat die Demokratie?

6.12.2025, 13.00 Uhr
Wirt im Feld, Dietach

Thema: Aktuelle gesellschaftliche und politische
Entwicklungen im ländlichen Raum

Frau Haiden beleuchtet in ihrem Vortrag, wie ökonomische und gesellschaftliche Veränderungen das Vertrauen in die Demokratie beeinflussen. Besonders im ländlichen Raum machen sich Erosionstendenzen, schwindende Perspektiven und wachsende Skepsis gegenüber der Politik bemerkbar. Gemeinsam möchten wir diskutieren, woher diese Entwicklungen rühren, welche Rolle Demokratie dabei spielt und welche Lösungsansätze es gibt.

Christine Haiden wurde 1962 in Euratsfeld geboren, studierte Rechtswissenschaften und ist seit 1986 als Journalistin, Kolumnistin und Autorin tätig. Sie lebt in Oberösterreich und ist eine profunde Beobachterin gesellschaftlicher Entwicklungen.

Veranstalter: IG-Milch | Amesschlag 30, 4190 Bad Leonfelden



Fotocredit: Alexandra Grill

Presseaussendung Oktober 2025

Gericht stoppt unrechtmäßige Preiskürzung – ein Signal gegen das Milchdiktat

Ein österreichisches Gericht hat bestätigt: Die einseitige Preiskürzung einer Molkerei gegenüber ihren Lieferanten war unrechtmäßig. Damit wurde erstmals höchstgerichtlich ausgesprochen, was Bäuerinnen und Bauern seit Jahren erleben: Sie stehen unter einem Milchdiktat, in dem Molkereien ihre marktbeherrschende Stellung missbrauchen, um Preise nach Belieben zu drücken. „Dieses Urteil ist ein Fanal“, sagt Ewald Grünzweil, Obmann der IG-Milch. „Es beweist, dass die gängige Praxis der Molkereien, Preise nach Lust und Laune zu kürzen, nicht rechtens ist. Wer den Bauern immer wieder einredet, sie müssten das eben hinnehmen, liegt falsch. Das Recht steht auf unserer Seite.“

Rechtlich ist die Lage eindeutig

- Einseitige Preisänderungen sind unzulässig, wenn sie nicht klar im Vertrag vereinbart sind (§ 879 ABGB, § 6 KSchG).
- Die EU-Marktordnung schreibt Transparenz bei Preis und Lieferbedingungen vor (VO 1308/2013).
- Das Handelspraxisgesetz (HPrG) verbietet unfaire Praktiken wie nachträgliche Preissenkungen.
- Wettbewerbsrecht: Molkereien dürfen ihre Marktmacht nicht missbrauchen (§ 5 KartG, Art. 102 AEUV).



Mut macht Schule: Josef L. aus Frankenmarkt zeigt, wie man sich gegen das Milchdiktat wehrt.

Gemeinsam sind wir stärker – meldet eure Fälle, wir kämpfen für Gerechtigkeit!

erstellt mit Microsoft Copilot

Für die Bäuerinnen und Bauern heißt das

Wir sind nicht wehrlos. Wer sich gegen unfaire Preiskürzungen wehrt, kann Recht bekommen. Die IG-Milch sammelt alle Fälle, in denen Preise nachträglich gekürzt oder unklare Abzüge verrechnet wurden. Wir prüfen Musterklagen und haben die Bundeswettbewerbsbehörde erneut – und zum wiederholten Male – aufgefordert, endlich tätig zu werden. Dieses Urteil ist mehr als ein Einzelfall. Es ist ein Signal gegen das Milchdiktat und gegen die jahrelange Praxis des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung durch Molkereien. Die Politik kann nicht länger wegschauen. „Wenn der Staat Gesetze erlässt, die unfaire Handelspraktiken verbieten, dann müssen sie auch durchgesetzt werden“, betont Ernst Halbmayr. „Die IG-Milch wird nicht ruhen, bis faire und transparente Vertragsbedingungen in der Milchwirtschaft selbstverständlich sind.“

Wir fordern: Schluss mit dem Milchdiktat – Schluss mit willkürlichen Preiskürzungen!

<https://oe.orf.at/player/20251002/GMO/1759379533157>

<https://on.orf.at/video/14294197/15958487/klage-gegen-molkerei-oberoesterreich-heute-vom-02102025>

<https://oe1.orf.at/playr/20251002/809793/1759421628000>

<https://www.heute.at/s/bauer-siegt-gegen-molkerei-im-streit-um-tierwohl-plus-120134741>

<https://www.salzburg24.at/news/salzburg/milchgeld-gekuerzt-landwirt-gewinnt-vor-gericht-gegen-salzburgmilch-art-304050>

<https://landwirt-media.com/urteil-landwirt-gewinnt-klage-gegen-molkerei/>

<https://www.nachrichten.at/wirtschaft/heikles-tierwohl-urteil-milchbauer-gewann-gegen-molkerei;art15,4092713>

<https://www.tips.at/nachrichten/oe/land-leute/700076-milchgeld-streit-entschieden-landwirt-aus-frankenmarkt-setzt-sich-vor-gericht-durch>

<https://www.wochenblatt-dlv.de/oesterreich/milchpreis-drastisch-gekuert-bauer-gewinnt-prozess-gegen-molkerei-582347>

<https://bauernzeitung.at/artikel/bundesteil/causa-tierhaltung-plus-landwirt-gewinnt-prozess-gegen-molkerei>

Doch beachtlich, welche Medienresonanz unsere Aussendung ausgelöst hat. ORF-Beiträge, Tageszeitungen – sogar in den OÖN wurde erfreulicherweise unsere Sicht der Dinge korrekt dargestellt. Das war nicht immer so. Einzig die Bauernzeitung konnte auf ihrer Tastatur die Buchstaben für IG-Milch nicht finden ...

Wenn Fairness zur Geduldsprobe wird

IG-Milch wartet weiter auf Antworten der Wettbewerbsbehörde

Seit Jahren bemüht sich die **IG-Milch**, unfaire Handelspraktiken und Machtmissbrauch in der österreichischen Milchwirtschaft aufzudecken. Vertreter der bäuerlichen Interessenorganisation legten mehrfach umfangreiche Unterlagen bei der **Bundswettbewerbsbehörde (BWB)** vor – etwa zur Lieferordnung der Berglandmilch, zur Behinderung der Direktvermarktung, zu **Zwangsmaßnahmen rund um das AMA-Programm „Tierhaltung plus“** oder zu **Vertragsstrafen gegen ehemalige FMA-Lieferanten**.

Doch aus Sicht der IG-Milch passiert zu wenig.

„Es ist nun mein letzter Versuch auf nationaler Ebene, die fragwürdigen Vorgänge in der österreichischen Milchwirtschaft aufzuklären“, schreibt IG-Milch-Vertreter **Ernst Halbmayr** in einer aktuellen Mail an die Generaldirektorin für Wettbewerb, **Dr. Natalie Harsdorf**. Der Brief ist Ausdruck wachsender Frustration: Seit einem persönlichen Treffen mit der Behörde in Wien habe es „keinen Austausch und keine Antworten auf konkrete Fragen“ gegeben. Halbmayr verweist auf das rechtskräftige Urteil gegen die SalzburgMilch GmbH, das unfaire Vertragsklauseln gegenüber Lieferanten bestätigt hat. Dieses Urteil, so Halbmayr, bestätige sein Rechtsverständnis – nämlich, dass bestimmte Praktiken in der Milchwirtschaft klar gegen Wettbewerbs- und Vertragsrecht verstoßen.

„Wenn ich die Verfahren der BWB in anderen Wirtschaftsbereichen mit den von uns vorgebrachten Vorgängen in der Milchwirtschaft vergleiche – und dann das Urteil gegen die SalzburgMilch einbeziehe –, dann stimmt da etwas nicht. Oder ich verstehe es nicht.

Aber solange ich es nicht verstehe, finde ich keine Ruhe.“

Besonders kritisch sieht Halbmayr auch die Kommunikation mit der Fachabteilung der BWB, die „nicht vertrauensbildend“ verlaufen sei. Viele Anliegen der Landwirtinnen und Landwirte würden aus seiner Sicht missverstanden oder falsch eingeordnet.

Behörde weist Kritik zurück

Die Antwort von Generaldirektorin Harsdorf fiel höflich, aber unmissverständlich aus. Sie weist die Kritik an ihrem Mitarbeiter „entschieden zurück“ und betont, dieser leiste „gerade im Bereich der Milchwirtschaft einen wertvollen Beitrag, um faire Wettbewerbsbedingungen sicherzustellen“.

Die BWB gehe den „adressierten Punkten mit besonderem Schwerpunkt nach“, könne aber zu laufenden Verfahren „keine Auskünfte erteilen“. Man bitte um Verständnis, dass eine öffentliche Diskussion laufender Fälle „negativ auf einen allfälligen Erfolg“ wirken könne. Ergebnisse würden erst nach Abschluss veröffentlicht – so sei es gesetzlich vorgesehen.

Geduld ist gefragt – aber wie lange noch?

Für die IG-Milch bleibt die Situation unbefriedigend. Einerseits wird anerkannt, dass die BWB bemüht ist, Missstände aufzugreifen, andererseits sind viele der Beschwerden seit Jahren **ohne sichtbares Ergebnis**.

Die EU-Richtlinie 2019/633 verpflichtet Mitgliedstaaten, unfaire Handelspraktiken entlang der Lebensmittelkette zu verhindern – etwa Druck auf Lieferanten, ungerechtfertigte Vertragsstrafen oder den Zwang zur Teilnahme an angeblich freiwilligen Programmen.

Ob diese Vorgaben in Österreich tatsächlich eingehalten werden, ist aus Sicht der IG-Milch fraglich. Das Urteil gegen die SalzburgMilch zeigt, dass Gerichte sehr wohl Verstöße erkennen – während die Wettbewerbsbehörde auf Diskretion verweist. „Wir verstehen nicht mehr, dass Verfahren so viel Zeit brauchen“, sagt Halbmayr. „Die Geduld der Bauern hat Grenzen. Faire Marktbedingungen und Transparenz sind keine Gnade, sondern gesetzlicher Auftrag.“

Die IG-Milch fordert daher mehr **Transparenz und Kommunikation** vonseiten der Behörde – insbesondere dann, wenn Eingaben aus der Praxis wichtige Hinweise auf strukturelle Probleme liefern.

Am Ende bleibt die Frage: **Wie lange kann man Fairness noch aufschieben, ohne sie zu verlieren?**



Milchbauern stehen mit Unterlagen und Milchkanistern vor der Wettbewerbsbehörde in Wien. Sie fordern mehr Transparenz und faire Marktbedingungen in der österreichischen Milchwirtschaft. Seit Jahren warten sie auf Antworten zu ihren Beschwerden über unfaire Handelspraktiken und Machtmissbrauch – ihre Geduld wird auf eine harte Probe gestellt.

erstellt mit Microsoft Copilot

Milch, Mehl und Macht: So beherrscht Raiffeisen Österreichs Grundnahrungsmittel

von Lisa Duschek
16. Oktober 2025



In Österreich ist fast immer auch ein Schluck Raiffeisen im Glas. Hinter Österreichs Grundnahrungsmitteln wie Milch oder Mehl steckt sehr häufig ein bekannter Name: Raiffeisen. Eine Recherche über Macht, rebellische Landwirt:innen und ein System, das sich kaum jemand zu kritisieren wagt.

„Es gibt kein echtes Draußen.“

Wenn Ewald Grünzweil, Obmann der IG-Milch, das sagt, meint er nicht etwa einen Geheimbund oder eine Verschwörung. Er beschreibt den Alltag österreichischer Milchbauern und -bäuerinnen, die zwar „frei liefern“ könnten, aber ohne Raiffeisen-Abnehmer, Raiffeisen-Kredite und Raiffeisen-Lagerhaus kaum überleben würden.

Seit Jahren versucht die Initiative, auf grundlegende Probleme und die Abhängigkeit in der heimischen Milchwirtschaft aufmerksam zu machen. Dabei stößt sie auf eine Mauer aus Schweigen, eingestellter Verfahren und politische Zurückhaltung. Im Zentrum der Kritik steht das mächtige Raiffeisen-Netzwerk. Das bestimmt

über große Teile des österreichischen Marktes für Grundnahrungsmittel. Der Konzern hat Beteiligungen an Molke-reien, Agrar- und Lebensmittelkonzernen. Für Kritiker ist Raiffeisen schon längst kein reines Genossenschaftssystem mehr, sondern ein eigenständiges, fast abgeschottetes Wirtschaftsimperium. Und das spannt vom Acker oder Stall bis in die Regale heimischer Supermärkte.

Vom Stall bis ins Supermarktregal: Raiffeisens Netz

Über die Raiffeisen-Holding NÖ-Wien hält das Netzwerk direkte oder indirekte Anteile an einem Dutzend zentraler Marken und Verarbeiter: So etwa NÖM (65 %), Agrana (27 %), Leipnik-Lundenburger Invest (50 %), Good Mills, Efko, Inzersdorfer, Maresi, Schärtinger, Tirolmilch, Lattella, Finis Feinstes und Wiener Zucker. Hinzu kommen Bauernland, Lagerhaus, Ackerl und weitere Beteiligungen in Logistik und Energie.

Nach Angaben der IG-Milch stammen rund 90 Prozent der österreichischen Frischmilch aus Betrieben, die unter direkter oder indirekter Raiffeisen-Kontrolle stehen. Offizielle Marktanteile werden von den Konzernen nicht veröffentlicht, doch selbst konservative Schätzungen bestätigen eine außerordentlich hohe Konzentration.

In Österreich mischt Raiffeisen im Bereich Grundnahrungsmittel fast überall mit: Bauern beziehen Kredite bei lokalen Raiffeisenbanken, kaufen Futtermittel und Saatgut in Raiffeisen-Lagerhäusern, liefern Milch an Raiffeisen-Molkereien und sehen die Produkte später unter Raiffeisen-Marken im Handel. Für einige bedeutet das wirtschaftliche Sicherheit – für andere jedoch totale Abhängigkeit.

Mangelnde Mitbestimmung in der Genossenschaft

Offiziell gilt das Genossenschaftsmodell als Garantie für Mitbestimmung und Kontrolle durch die Bauern und Bäuerinnen selbst. Doch Kritiker:innen zweifeln daran, dass die Mitglieder tatsächlich mitbestimmen können. „Demokratische Kontrolle gibt es kaum mehr. Die Delegierten werden von denselben Personen nominiert, die auch in Aufsichtsräten sitzen“, sagt IG-Milch-Obmann Grünzweil im Gespräch.

Lieferanten, die aus der Genossenschaft austraten oder zu alternativen Vermarktern wechselten, hätten in mehreren Fällen Nachteile erlitten. Das schildert die Initiative in mehreren Eingaben an die Bundeswettbewerbsbehörde und das Fairness-Büro des Landwirtschaftsministeriums. Es seien Wiederaufnahmen in die Genossenschaft verweigert worden, Milch nicht abgeholt worden oder Sonderabzüge passiert.

Im Jänner 2024 wandte sich daher die IG-Milch gemeinsam mit dem Projekt „A faire Milch“ an das Fairness-Büro. Ihr Vorwurf: eine „völlig unangemessene“ neue Lieferordnung der Berglandmilch (einer Raiffeisen-Molkerei). Bei kleinsten Verstößen seien hohe Strafzahlungen oder gar Existenzgefährdung vorgesehen.

Zusätzlich kritisiert die IG-Milch die Einführung eines sogenannten „Investitionsbeitrags“ – ein regelmäßig eingehobener Abzug pro Liter Milch, der laut Berglandmilch den Beitrag der Genossenschaftsmitglieder zur Unternehmensfinanzierung widerspiegeln soll. Wer jedoch kein Mitglied der Genossenschaft ist oder nicht wieder aufgenommen wird, muss diesen Beitrag ebenfalls zahlen, hat aber keine Mitbestimmungsrechte.

Berglandmilch widerspricht auf Nachfrage des *Moment Magazins* dem Vorwurf, Teil eines „Raiffeisen-Systems“ zu sein, das Bauern abhängig macht. Zusammengefasst heißt es in ihrer Stellungnahme, man sei eine eigenständige Genossenschaft, der „Solidaritätsbeitrag“ (Investitionsbeitrag) sei gerechtfertigt, weil Nicht-Mitglieder kein Kapitalrisiko tragen. Der Sanktionskatalog sei aus einem Einzelfall entstanden, um einen Ausschluss zu vermeiden, und man sehe keine strukturelle Abhängigkeit von Raiffeisen, da Konten auch bei anderen Banken geführt würden.

Für IG-Milch ändert das am Kern nichts: Entscheidend sei nicht die Hausbank, sondern „wer Infrastruktur, Abnahme und Vertriebswege kontrolliert“. „Formale Trennung ist nicht dasselbe wie reale Unabhängigkeit“, sagt Grünzweil.

Für die IG-Milch steht fest, dass ein Beitrag von 1,5 bis 2,5 Cent pro Liter Milch tatsächlich nicht freiwillig ist, wenn Nicht-Mitglieder ohne Zahlung keinen Liefervertrag erhalten.

Langsame Behörden und Machtverträge

Schon 2017 legte die IG-Milch der Bundeswettbewerbsbehörde eine Eingabe vor. Darin wirft sie Genossenschaften mit Raiffeisen-Beteiligung vor, Lieferanten zu benachteiligen, die außerhalb des Systems verkaufen wollen.

2018 stellte die BWB das Verfahren ein – der „Verdacht habe sich derzeit nicht bestätigt“.

2024 brachte die IG-Milch eine neue Beschwerde ein, diesmal mit Fokus auf Investitionsbeiträge und Vertragsauflagen bei Berglandmilch, etwa das Programm „Tierwohl Plus“. In einem Schreiben vom Februar 2025 teilt die BWB mit, dass der Vorwurf eines missbräuchlichen Investitionsbeitrags nicht bestätigt werden konnte. Gleichzeitig kündigt sie jedoch an, die Lieferbedingungen – insbesondere mögliche einseitige Vertragsänderungen – weiter zu prüfen, diesmal ausdrücklich auf Basis des Faire-Wettbewerbsbedingungen-Gesetzes, das die EU-Richtlinie zu unfairen Handelspraktiken umsetzt.

Auf Anfrage des *Moment Magazins* teilte die Bundeswettbewerbsbehörde mit:

„Die BWB nimmt Beschwerden im Lebensmittelbereich sehr ernst und geht jedem Verdachtsmoment faktenbasiert nach. Bei der aktuellen Beschwerde prüft die BWB den Vorwurf von unfairen Handelspraktiken auf Basis des Faire-Wettbewerbsbedingungen-Gesetzes. Es geht darum zu klären, ob es sich um unfaire Handelspraktiken handelt. Diese werden, wie in der Branchenuntersuchung Lebensmittel erklärt, von der BWB mit hoher Priorität verfolgt.“

Die Behörde verweist außerdem darauf, dass sie in der Milchbranche in der Vergangenheit bereits Verpflichtungszusagen zur Absicherung der Lieferrechte durchgesetzt hat (z. B. bei der geplanten Fusion Salzburg Milch/Gmundner Molkerei).

Grünzweil ist vom Ausgang der Verfahren und der langen

Dauer frustriert: „Wir haben mehrfach konkrete Fragen gestellt, aber kaum Antworten bekommen. Das ist ungerecht und der Bedeutung der Behörde nicht angemessen.“

Im Zentrum der Kritik der IG-Milch stehen vor allem die Lieferverträge für Milch. Landwirt:innen verpflichten sich, ihre Milch ausschließlich an eine bestimmte Molkerei zu liefern. Der tatsächliche Auszahlungspreis wird aber oft erst Wochen oder Monate später festgelegt.

„Der Bauer weiß beim Melken nicht, was er verdient. Und wenn die Molkerei im Nachhinein Preise senkt, bleibt ihm nur, das zu schlucken“, sagt Grünzweil dazu.

Auch das Landwirtschaftsministerium bietet wenig Schutz. Das neu geschaffene Fairness-Büro soll unfaire Handelspraktiken prüfen, hat aber keine Eingriffsbefugnis. Auf Anfrage des *Moment Magazins* teilt die Stelle mit, sie sei „gesetzlich zur Verschwiegenheit verpflichtet“ und könne daher zu Einzelfällen keine Auskunft erteilen.

Drunten ohne Stimme, draußen ohne Chance

Die IG-Milch-Landwirt:innen beschreiben ihre Lage als eine Art „Zwangszone“.

Wer aus dem Raiffeisen-System aussteigt, wird zwar formal als „frei“ betrachtet, steht aber gleichzeitig unter massivem wirtschaftlichen Druck, weil Transport, Abnahme, Finanzierung und Vertrieb in der Region fast vollständig von Raiffeisen-Strukturen kontrolliert werden.

Unabhängigkeit ist damit zwar theoretisch möglich, praktisch aber kaum überlebbar.



In Österreich ist fast immer auch ein Schluck Raiffeisen im Glas

Foto: moment.at

Grünzweil fasst das so zusammen:

„Wir sind weder richtig drinnen noch richtig draußen. Es gibt kein echtes Draußen – das System lässt dich nicht frei, aber es lässt dich auch nicht gleichberechtigt rein.“

Wer hingegen zurück ins System will, wird zwar wieder als Lieferant:in akzeptiert, aber ohne Mitgliedsstatus, ohne Stimmrecht und mit einem zusätzlichen finanziellen Abzug („Investitionsbeitrag“) für Nicht-Mitglieder.

Laut Berechnungen der IG-Milch lag der Auszahlungspreis 2023 im Schnitt unter den tatsächlichen Produktionskosten.

Bereits 2011 dokumentierte die Landwirtschaftskammer Oberösterreich in einer betriebswirtschaftlichen Analyse („Kostenpotenziale in der Milchproduktion“), dass die Vollkosten der Milchproduktion bei rund 53 Cent pro Kilogramm lagen – während der real erzielte Milchpreis bei etwa 35 Cent lag. Die strukturelle Unterdeckung ist also seit Jahren bekannt, wurde aber politisch nie grundlegend gelöst. Gleichzeitig verzeichnen Molkereien mit Raiffeisen-Beteiligung stabile Gewinne.

„Wenn der Milchpreis fällt, sparen sie an den Bauern. Wenn er steigt, investieren sie in neue Marken. Das Risiko liegt immer beim Bauern“, fasst ein Landwirt die Situation zusammen. Die Raiffeisen-Machtkonzentration bedeutet für Landwirt:innen wenig Verhandlungsmacht, Preistransparenz und wachsende Abhängigkeit. Viele kleinere Betriebe können mit den Industriestandards und dem geforderten Wachstum der großen Molkereien nicht mithalten und geben auf. Für Konsument:innen bleibt das oft unsichtbar: Die Regale sind voll, die Marken vertraut. Doch hinter den Etiketten steckt oft dieselbe Unternehmensgruppe – Raiffeisen.

Schutz oder Sanktion?

Laut Molkereien ist dieses System eine notwendige Absicherung: Der Markt sei instabil und internationale Preise bestimmen die Preisspielräume. Für die IG Milch hingegen ist es ein Machtinstrument und Hebel, Landwirt:innen gefügig zu halten und jeglichen Wettbewerb zu unterbinden ...

Berglandmilch in Wels, zu der Marken wie „Schärdinger“, „Tirolmilch“ und „Lattella“ gehören, sieht sich selbst als modernes, solidarisches Unternehmen. In ihrer Stellungnahme an das Fairness-Büro erklärt sie, der Sanktionskatalog sei nach „schuldhaften Verstößen eines Lieferanten“ notwendig geworden. Man habe Qualitätsprogramme und Mitlieferanten schützen müssen, da sonst erhebliche wirtschaftliche Schäden drohten.

Die IG-Milch erkennt in dieser Argumentation ein strukturelles Problem: Statt individueller Klärung von auftretenden Konflikten und Streitfällen würden alle Bauern pauschal in ein vertragliches Korsett gezwungen: „Einseitig definierte Sanktionen ohne Mitsprache sind das Gegenteil der Genossenschaftsidee“, sagt Grünzweil. „Das schafft Angst, nicht Fairness.“

Politik, Einfluss und Freunderlwirtschaft

Dass Raiffeisen seit Jahrzehnten enge Beziehungen zur ÖVP und zum Bauernbund (einer ÖVP-Teilorganisation) pflegt, ist kein Geheimnis. Der Raiffeisenverband ist Mitglied der Dachorganisation der Landwirtschaftskammern. In vielen Bundesländern überschneiden sich die Führungsebenen: Funktionäre der Landwirtschaftskammer sitzen in Raiffeisen-Aufsichtsräten, Landtagsabgeordnete vertreten gleichzeitig Raiffeisen-Genossenschaften. Auch mehr als zehn Mandate, die dem Raiffeisen-Umfeld zugeordnet werden können, kommen vor.

Wie unabhängig können Behörden oder Kammern agieren, wenn ihre Spitzen zugleich Teil desselben Netzwerks sind, das sie beaufsichtigen sollen?

Grünzweil sagt dazu: „Die Landwirtschaftspolitik wird von Raiffeisen gemacht, nicht von demokratisch gewählten Vertretern.“

Die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung weisen solche Vorwürfe zurück. Sie betonen die historische Bedeutung der Genossenschaften und den Beitrag zur Versorgungssicherheit. Faktisch aber gibt es kaum politische Initiativen, die Marktkonzentration im Agrarbereich einzuschränken.

Raiffeisen: „Wir stehen für Stabilität und Regionalität.“

Bei Nachfragen verweist Raiffeisen regelmäßig auf seine Rolle als lokaler Stabilitätsanker:

Man habe die Landwirtschaft durch Krisen getragen, regionale Arbeitsplätze geschaffen und garantiere eine faire, langfristige Abnahme. Die genossenschaftliche Struktur ermögliche es, dass Bauern zugleich Eigentümer und Lieferanten seien.

Diese Darstellung ist am Papier korrekt – doch in der Praxis, so die IG-Milch, sei das „Eigentum“ oft nur ein symbolischer Anteil ohne Stimmrecht.

Die Diskussion dreht sich also weniger um Rechtmäßigkeit als um Berechtigung: Ist ein System noch genossenschaftlich, wenn Macht, Kapital und Kontrolle in denselben Händen liegen?

Transparenz und Trennung gefordert

Unabhängige Fachleute schlagen seit Jahren Reformen vor, um die Wettbewerbsfähigkeit kleiner Produzenten zu stärken. Auch die Bundeswettbewerbsbehörde hat im Rahmen von Zusammenschlussprüfungen – etwa bei Berglandmilch – ausdrücklich auf die „eingeschränkten Ausweichmöglichkeiten“ der Lieferanten und die „konzentrierte Verhandlungsmacht“ auf Molkereiseite hingewiesen. Agrarökonom:innen der BOKU Wien und des WIFO argumentieren in gleicher Richtung und empfehlen mehr Transparenz über Beteiligungsstrukturen sowie klare Regeln zur Trennung von Finanzierung, Verarbeitung und Vermarktung.

Gefordert und notwendig sind weiters Transparenzpflichten gegenüber Konsument:innen. Diese umfassen Eigentums-

und Beteiligungsverhältnisse von Marken und klare Regeln für Vertragslaufzeiten und Kündigungsfristen. So sollte bei Marken zum Beispiel klar ersichtlich sein, welche Firma oder Eigentümer dahinterstehen.

Kritiker:innen des „System Raiffeisen“ fordern vor allem, dass Banken, Verarbeitungsbetriebe und Handelsunternehmen innerhalb des Raiffeisen-Systems klarer getrennt sein sollten.

Auch auf EU-Ebene wird diskutiert, wie vertikale Integration in Agrarmärkten begrenzt werden könnte. Österreich zählt hier zu den Ländern mit der höchsten Konzentration entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Kaum ein anderes europäisches Land kennt eine so enge Verflechtung von Landwirtschaft, Finanzwirtschaft und Lebensmittelindustrie wie Österreich. Was als solidarisches Genossenschaftssystem begonnen hat, hat sich zu einem weit verzweigten Konglomerat entwickelt, das Geldflüsse, Produktionsentscheidungen und Preise gleichermaßen beeinflusst.

„Wir wollen Fairness, keine Feindschaft“

Trotz aller Konflikte versteht sich die IG-Milch nicht als Gegner der Molkeereien. Ihr Ziel sei, die ursprüngliche Idee der Genossenschaft, nämlich gegenseitige Unterstützung auf Augenhöhe, wiederzubeleben.

„Wir wollen faire Verträge, Transparenz und Mitsprache“, sagt Grünzweil. „Aber solange die Politik wegschaut, bleibt alles beim Alten.“

Viele Landwirte würden diese Hoffnung teilen, sie aber nur anonym äußern, wird uns im Gespräch gesagt. Zu groß ist bei ihnen die Angst vor Nachteilen. Der soziale Druck auf dem Land sei enorm und wer die Strukturen kritisiere, gelte rasch als Querulant und werde von sozialer Teilhabe ausgeschlossen.

Das stille Monopol und die Zukunft

Der Name Raiffeisen steht bei vielen für Lokalität und Stabilität – aber auch für Machtkonzentration und Einflussnahme. Die Briefe und Eingaben

der IG-Milch zeigen, dass hinter dem glatten Markenimage eine wachsende Spannung liegt, zwischen wirtschaftlicher Effizienz und bäuerlicher Selbstbestimmung, zwischen Fairness und Kontrolle.

Solange Landwirt:innen, Politik und Behörden Teil desselben Systems bleiben, ist Veränderung schwer vorstellbar.

Doch eines ist sicher: Wer in Österreich Milch trinkt, trinkt auch ein Stück Raiffeisen.

Lisa Duschek ist Investigativredakteurin beim Moment Magazin, wo sie bevorzugt zu Wirtschafts- sowie technischen Themen recherchiert und schreibt. Davor war sie bei DERSTANDARD sowie als freie Datenjournalistin tätig. Sie bringt einen akademischen Hintergrund in KI und Geoinformatik mit und hat neben dem Journalismus berufliche Erfahrung im Bildungswesen, dem humanitären und technischen Bereich.

Kommentar von Ewald Grünzweil:

Ich möchte mich herzlich bei Lisa Duschek und dem Team von Moment.at bedanken. Selten habe ich eine so gründlich recherchierte und zugleich mutige Arbeit gelesen. Diese Recherche trifft den Kern des Problems in der österreichischen Milchwirtschaft – sachlich, präzise und ohne sich von der Macht des Systems einschüchtern zu lassen. Besonders bemerkenswert ist, dass dieser Artikel überhaupt erscheinen konnte. Denn in Österreich ist Raiffeisen nicht nur im Milch- und Lebensmittelbereich übermächtig vertreten, sondern auch im Mediensektor: direkt oder indirekt über Beteiligungen, Einflussstrukturen oder durch massive Inseratschaltungen, mit denen subtil, aber wirkungsvoll Druck aufgebaut werden kann. Kritische Berichterstattung über Raiffeisen ist daher alles andere als selbstverständlich. Umso größer ist mein Respekt vor Lisa Duschek und dem Momentum-Institut, das als Herausgeber des Magazins Moment.at diese Recherche möglich gemacht und den Mut gehabt hat, sie auch zu veröffentlichen. Das ist unabhängiger Journalismus, wie ihn unser Land dringend braucht – faktenbasiert, unbeirrt und im besten Sinn demokratisch. Ich freue mich ehrlich über diesen Beitrag, weil er zeigt: Wenn Journalist:innen hinsehen und nachfragen, kann sich etwas bewegen. Danke für diese großartige Arbeit und dafür, dass endlich sichtbar wird, was viele Bäuerinnen und Bauern tagtäglich spüren.



Das feinmaschige Netz von Raiffeisen – alles vereinnahmend, profitgierig – es gibt kein Entrinnen, vor allem für die Milchbauern. erstellt mit Microsoft Copilot

Folgender Text erscheint in der Zeitung der ÖBV-Via Campesina

Gerichtsurteil gegen SalzburgMilch: Ein Signal gegen das Milchdiktat

Das Urteil des Landesgerichts Salzburg gegen die SalzburgMilch GmbH ist ein Wendepunkt. Herr L., ein Landwirt aus Frankenmarkt, hat sich erfolgreich gegen eine einseitige Preiskürzung durch seine Molkerei gewehrt – und Recht bekommen. Die Kürzung wegen Nichtteilnahme am AMA-Programm „Tierhaltung Plus“ war unzulässig. Damit ist erstmals höchstgerichtlich bestätigt, was viele Bäuerinnen und Bauern seit Jahren erleben: In der Milchwirtschaft herrscht ein Milchdiktat, in dem Molkereien ihre marktbeherrschende Stellung nutzen, um Preise und Vertragsbedingungen einseitig festzulegen.

Macht statt Partnerschaft

Die Machtkonzentration ist enorm: Rund 90 % der österreichischen Frischmilch stammen aus Betrieben, die unter direkter oder indirekter Kontrolle des Raiffeisen-Netzwerks stehen. Über Beteiligungen an Molkereien, Agrarunternehmen und Handelsketten kontrolliert Raiffeisen Kredite, Futtermittel, Milchabnahme und Logistik. Wer unabhängig sein will, steht unter massivem wirtschaftlichen Druck. Wie weit dieser Druck geht, habe ich selbst erlebt: In meiner sogenannten „Zusatzvereinbarung“ mit der SalzburgMilch wurde mir schriftlich

ein fristloses Kündigungsrecht angedroht, falls öffentliche Aussagen „dem Ruf oder den Geschäften der SalzburgMilch oder deren Eigentümer schaden“. Eine solche Klausel ist sittenwidrig (§ 879 ABGB), weil sie die Meinungsfreiheit einschränkt und die wirtschaftliche Abhängigkeit der Lieferanten ausnutzt. Formelle Mitbestimmung in den Genossenschaften existiert meist nur auf dem Papier. Delegierte werden häufig von denselben Personen nominiert, die auch in Aufsichtsräten sitzen. Wer aus dem System austritt oder zu alternativen Vermarktern wechselt, erleidet oft Nachteile: Milch wird nicht abgeholt, Sonderabzüge eingefordert oder Investitionsbeiträge verlangt – faktisch eine Strafgebühr für Unabhängigkeit.

Untätigkeit der Behörden – EU als letzte Instanz

Die IG-Milch hat die Bundeswettbewerbsbehörde (BWB) bereits mehrfach aufgefordert, gegen diese unlauteren Praktiken vorzugehen. Bislang blieb eine spürbare Reaktion aus. Das Fairness-Büro im Landwirtschaftsministerium kann lediglich prüfen und Stellungnahmen einholen, jedoch keine bindenden Entscheidungen treffen. Weil wir den Eindruck haben, dass die nationalen Behörden nicht tätig werden, haben wir nun eine formelle Anfrage an die EU-Kommission gestellt.

Dort soll geprüft werden, ob Österreich die europäischen Vorgaben gegen unfaire Handelspraktiken (Richtlinie 2019/633) korrekt umsetzt.

Tierwohl Plus: Verwaltungsdschungel statt Fairness

Auch Programme wie „Tierwohl Plus“ symbolisieren die Schiefelage. Was als freiwillige Maßnahme begann, ist längst ein Verwaltungsdschungel: umfangreiche Dokumentation, Investitionspflichten, Doppelkontrollen. Der Mehraufwand beträgt je nach Betriebsgröße 10 bis 30 Stunden pro Jahr. Die Teilnahme wird faktisch zur Pflicht, weil Molkereien Druck ausüben.

Mut macht Schule

Der Fall L. zeigt: Widerstand ist möglich – und erfolgreich. Das Urteil sendet ein Signal an alle Bäuerinnen und Bauern, ihre Rechte einzufordern und sich nicht unterkriegen zu lassen. Die IG-Milch wird weiterhin Fälle sammeln, in denen Preise einseitig gekürzt oder Abzüge willkürlich verrechnet werden. Transparente, faire Verträge sind möglich – aber nur, wenn Politik, Behörden und Molkereien ihre Verantwortung ernst nehmen. Das Urteil von Salzburg ist ein Anfang. Jetzt liegt es an allen Beteiligten, daraus die Konsequenzen zu ziehen. Denn Gerechtigkeit in der Milchwirtschaft darf kein Zufall sein.

Ewald Grünzweil – Obmann der IG-Milch

Stimmen zum Gerichtsurteil gegen die SalzburgMilch, die uns per Mail erreichten

Erste Stimme:

Völlig richtig, wehrt euch endlich gegen die kriminellen Praktiken der Konzerne, denn die Regierung tut sicher nichts für euch, schon gar nicht die ÖVP.

Gerne bezahlen wir mehr für hochwertige Lebensmittel!!!

Zweite Stimme:

Ich begrüße das Vorhaben, anhand des Gerichtsbeschlusses eine Sammelklage gegen alle Molkereien einzuleiten, und bitte gleich zusätzlich eine Klage gegen ZZU und sonstige Mächtigkeiten, welche alle Milchbauern verpflichten, BIO-Futtermittel ausschließ-

lich aus Österreich zu verfüttern. Weil damit werden die EU-Grundvoraussetzungen des freien Warenverkehrs unterbunden. Außerdem hat kein Bauer, bei z. B. OM, der BIO-Milchproduziert, an eine andere Molkerei zu liefern! Er ist gebunden, nur an ZZU zu liefern.

„Höhere Milchpreise per Verordnung?“ – Ja bitte, wenn sie endlich fair sind!

Neue EU-Regeln für Lieferverträge in der Landwirtschaft:

Eine echte Chance für Milchbäuerinnen und Milchbauern

„Höhere Milchpreise per Verordnung?“, fragte das Fachblatt Elite kürzlich spöttisch. Dabei versteht sich das Magazin offiziell als „Magazin für Milcherzeuger“. Nach dieser Überschrift müsste man ehrlicherweise sagen: „**Magazin gegen Milcherzeuger**“. Denn wer eine faire Preisgestaltung ins Lächerliche zieht, stellt sich eindeutig auf die Seite der Molkereien und gegen jene, die tagtäglich die Milch erzeugen. Und wer das bisher noch nicht gewusst hat – jetzt weiß er's.

Was das EU-Parlament beschlossen hat

Das Europäische Parlament hat sich für eine Neuregelung der Lieferverträge in der Landwirtschaft ausgesprochen. Künftig sollen Molkereien und Agrarhandel den Erzeuger:innen **verbindliche Lieferverträge** anbieten müssen, in denen Menge, Preis, Laufzeit sowie Zahlungs- und Lieferbedingungen **klar geregelt** sind. Auch **Genossenschaften** sollen in die Pflicht genommen werden, ihren Mitgliedern transparente, vertragsähnliche Mindeststandards zu garantieren. Nur die Zuckerbranche bleibt vorerst ausgenommen. Damit folgt das Parlament einer einfachen, aber wichtigen Idee: **Landwirt:innen brauchen Planungssicherheit – keine nachträglichen Preisankündigungen.**

Mehr Fairness statt Marktilusion

Gegner beklagen in der Debatte, die Regelung sei ein „bürokratischer Eingriff in funktionierende Strukturen“ und könne den Milchsektor viel Geld kosten.

Was sie nicht sagen: Dieses „funktionierende System“ funktioniert vor allem für die Molkereien, nicht für die Produzent:innen. Wenn sich Preise weiter unter den Produktionskosten bewegen, geht das eindeutig zu *Lasten der Höfe – durch unbezahlte Arbeit, Selbstausbeutung und Betriebsaufgaben.*

Die Kostenorientierung in der Preisbildung, die der neue Artikel 148 der Gemeinsamen Marktorganisation vorsieht, ist deshalb keine Bevormundung oder gar Gängelung, sondern ein Schritt zur wirtschaftlichen Gerechtigkeit.

Wer Angst hat, hat etwas zu verlieren

Dass Industrievertreter und Teile der Agrarpolitik Alarm schlagen, zeigt vor allem eines: Sie fürchten den Machtverlust. Denn erstmals würde eine EU-Regelung die Position der Erzeuger:innen in der Wertschöpfungskette tatsächlich stärken. Keine Almosen, keine Sonderprogramme – sondern klare Verträge, klare Regeln, faire Preise.

Warum das gerade für Milch so wichtig ist

Im Milchsektor sind die Machtverhältnisse besonders ungleich: wenige große Abnehmer, tausende bäuerliche Lieferanten. Die Preisgestaltung erfolgt oft nachträglich und Transparenz ist die Ausnahme. Wenn künftig Preisformeln auf Basis der tatsächlichen Produktionskosten verpflichtend werden, ist das **ein Durchbruch für eine selbstbestimmtere Landwirtschaft** – besonders für kleinere, familiengeführte Betriebe.

Jetzt nicht verwässern!

Die kommenden Trilog-Verhandlungen werden zeigen, ob das Parlament seiner Linie treu bleibt. Die IG-Milch und das European Milk Board (EMB) fordern zu Recht, dass keine Ausnahmen für Genossenschaften und keine Abschwächung der Vertragspflichten zugelassen werden. Nur wenn die neuen Regeln konsequent umgesetzt werden, entsteht endlich ein Rahmen, in dem bäuerliche Arbeit wieder Wert hat.

Ein richtiger Schritt – gegen alle Spötter

Wer über „höhere Milchpreise per Verordnung“ lacht, hat das Problem nicht verstanden.

Es geht nicht um künstliche Preissteigerungen, sondern um **Kostenwahrheit und Fairness.**

Wenn Brüssel den Mut behält, diesen Kurs fortzusetzen, ist das **eine der besten Nachrichten seit Langem** für die Milchbäuerinnen und Milchbauern Europas.



Wenn die Bäuerin lacht und die Raiffeisen-Milchlobby Schnappatmung bekommt, dann weißt du: Es geschieht endlich was Gutes für die Bäuerinnen und Bauern – und etwas gegen das Milchdiktat!

erstellt mit Microsoft Copilot

Herbst ist Erntedankzeit

Erntedank zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Warum Dankbarkeit ohne Konsequenz zur leeren Geste wird – und was das Beispiel Stift St. Florian zeigt

Jedes Jahr im Herbst ruft **Heribert Prantl**, langjähriger Leitartikler der Süddeutschen Zeitung, in seiner Kolumne zur Besinnung auf: Das **Erntedankfest**, schreibt er, sei „das schönste Fest im Kirchenjahr“, weil es die Verbindung von Arbeit, Demut und Dankbarkeit sichtbar mache. Es erinnere daran, dass Nahrung nicht einfach aus dem Supermarkt komme, sondern aus der Erde – durch die Hände der Menschen, die säen, pflegen und ernten.

Prantl sieht im Erntedank ein Gegenbild zur Entfremdung unserer Zeit: In einer Gesellschaft, die Überfluss für selbstverständlich hält, rufe das Fest in Erinnerung, dass **Ernährung ein Geschenk** sei – und dass **Bäuerinnen und Bauern** dafür Respekt und Anerkennung verdienen.

Er warnt vor einem gefährlichen Widerspruch: Je mehr die Gesellschaft über Umweltprobleme spricht, desto weniger Dankbarkeit zeigt sie gegenüber jenen, die Lebensmittel erzeugen. Das gestiegene ökologische Bewusstsein sei wichtig, dürfe aber nicht in pauschale Schuldzuweisungen an die Landwirtschaft kippen.

„Man soll nicht an einem Tag im Jahr Gott danken und an den übrigen 364 Tagen die Bauern schelten“, schreibt Prantl. Sein Text hat mich bewegt – und zugleich tief getroffen. Nach dem Lesen dieses Kommentars in der *Süddeutschen Zeitung* und nach mehreren enttäuschten Anrufen biobäuerlicher Kolleginnen und Kollegen habe ich mich hingesezt und begonnen, diesen Text zu schreiben. Die Widersprüche zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen schönen Worten und tatsächlichem Handeln, haben mich nicht losgelassen. Die Enttäuschung war riesengroß.

Erntedank: Zwischen Romantik und Realität

Prantl beschreibt das Erntedankfest als Fest der Dankbarkeit, das mit prachtvollen Bildern und Ritualen auch religionsferne Menschen berührt. Er betont, wie leicht es falle, an diesem Tag Gott zu danken – und wie schwer es sei, den Bauern zu danken, die unsere Lebensmittel produzieren.

Doch diese Romantik greift zu kurz. Die Realität auf den Höfen ist geprägt von wirtschaftlichem Druck, gesellschaftlichen Erwartungen und politischen Rahmenbedingungen, die nachhaltige Landwirtschaft oft erschweren. Wer den bäuerlichen Alltag kennt, weiß: Dankbarkeit allein zahlt keine Rechnungen und ersetzt keine faire Wertschöpfung.

Das Beispiel Stift St. Florian: Rückschritt statt Vorbild

Über drei Jahrzehnte lang war das **Stift St. Florian** ein Vorzeigebetrieb für biologische Landwirtschaft. Nach 32 Jahren Demeter-zertifiziertem Anbau, erfolgreichem Humusaufbau und nachhaltiger Bodenpflege wird nun wieder auf **konventionellen Marktfruchtanbau** umgestellt.

Begründet wird die Entscheidung mit wirtschaftlichen Zwängen, neuen Partnerschaften und „technischer Innovation“. Der langjährige Betriebsleiter spricht von einem „Schlag ins Gesicht“ – für ihn, für den Boden und für das Renommee des Stiftes. Die Entscheidung stößt auf breite Kritik, auch aus der Bevölkerung und von Umweltverbänden.

Technik ersetzt keine Prinzipien

Die neue Betriebsführung spricht von „konventionellem Marktfruchtanbau mit ökologischer Verantwortung“ und verweist auf technische Innovationen wie **Spot Spraying** oder **Applikationskarten**. Solche Methoden können punktuell den Pestizideinsatz reduzieren – sie ersetzen aber nicht die Grundprinzipien des ökologischen Landbaus: den Verzicht auf chemisch-synthetische Mittel, die Förderung der Artenvielfalt und den langfristigen Aufbau gesunder Böden. Wer 32 Jahre Bio-Landwirtschaft aufgibt, riskiert nicht nur einen Rückschritt, sondern einen Vertrauensverlust: gegenüber jenen, die Bio-Produkte kaufen, und gegenüber jenen, die glaubten, dass kirchliche Landwirtschaft mehr ist als ein betriebswirtschaftlicher Posten.

Kirchliche Glaubwürdigkeit und gesellschaftliche Verantwortung

Gerade kirchliche Betriebe stehen in einer besonderen Verantwortung. Sie berufen sich auf **Schöpfungsverantwortung** und **Nachhaltigkeit** – und werden an diesen Werten gemessen. Die Kirche hat in ihren Sozial- und Umweltbotschaften wiederholt betont, dass die Bewahrung der Schöpfung ein zentraler Auftrag des Glaubens sei.

Wer diesen Anspruch aufgibt, verspielt Glaubwürdigkeit. Denn Schöpfungsverantwortung beginnt nicht mit Reden, sondern mit Handeln – auf den Feldern, in den Ställen, in den Entscheidungen über Dünger, Pestizide und Bodenfruchtbarkeit.

Bio ist kein Luxus, sondern Zukunftsaufgabe

Die Umstellung des Stiftes St. Florian ist ein Weckruf: **Biologische Landwirtschaft ist kein romantisches Ideal**, sondern eine Zukunftsaufgabe. Sie ist der einzige Weg, Böden

fruchtbar zu halten, Artenvielfalt zu sichern und das Klima zu schützen.

„Nachhaltigkeit“ darf kein Marketingwort sein, das man mit GPS-Technik oder Drohnenflügen ersetzt. Wer wirklich an die Bewahrung der Schöpfung glaubt, muss sie leben – auch dann, wenn es wirtschaftlich herausfordernd wird.

Erntedank braucht Ehrlichkeit – und Konsequenz

Das Beispiel St. Florian zeigt: Erntedank darf nicht zur Folklore verkommen. Es reicht nicht, einmal im Jahr Dankbarkeit zu zeigen, während im Alltag nachhaltige Strukturen geopfert werden.

Echte Wertschätzung für Bauern zeigt sich nicht in Sonntagsreden, sondern in politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen, die biologische Landwirtschaft ermöglichen und absichern. Die Kirchen predigen Glaubwürdigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung – aber sie müssen diese Botschaft auch selbst leben. Wenn ein traditionsreiches Stift nach 32 Jahren Biolandbau wieder zur konventionellen Landwirtschaft zurückkehrt, dann ist das **nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine moralische Niederlage.**

Es wurde mit den Verantwortlichen des Stifts gesprochen. Sie haben ihre Entscheidung erklärt – aber nicht geändert. Das hat mich tief enttäuscht. Und ich bin nicht allein damit: Viele, die sich der Kirche verbunden fühlten, überlegen heute ernsthaft, ob sie bleiben sollen.

Wenn Worte und Taten so weit auseinanderfallen, verliert selbst der Glaube an Glaubwürdigkeit.

Fazit:

Die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit ist offensichtlich. Dankbarkeit ohne Konsequenz ist keine Tugend.

Das Stift St. Florian hätte ein Vorbild bleiben können – als Symbol für Glaubwürdigkeit, Verantwortung und Zukunftsfähigkeit.

Die Umstellung ist ein Rückschritt: für das Stift, für die Region und für das Vertrauen in die Kirche als moralische Instanz.

Unsere Forderungen:

■ **An die Kirche:**

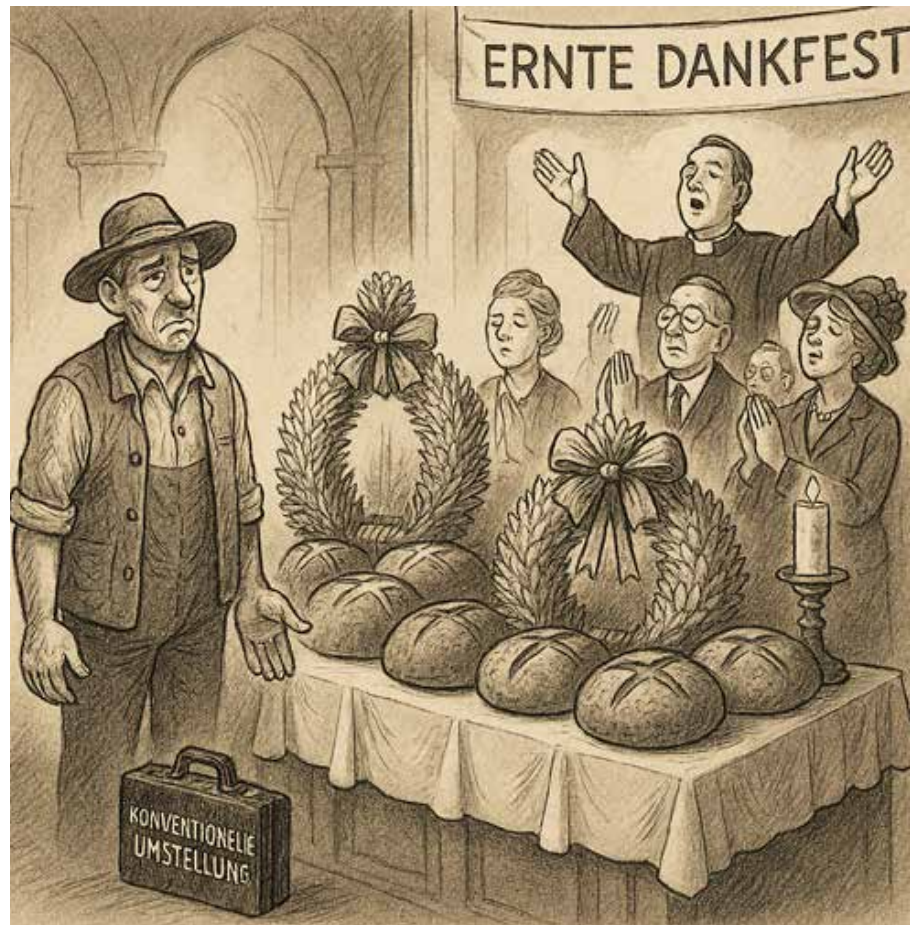
- Bleibt Vorbild und setzt eure eigenen Werte um: Bewahrt die biologische Landwirtschaft auf euren Flächen und lebt Schöpfungsverantwortung glaubwürdig vor.
- Trefft Entscheidungen, die langfristig Bodenfruchtbarkeit, Artenvielfalt und Klima schützen – nicht nur aus wirtschaftlichem Kalkül.

- Sorgt für Transparenz und echten Dialog mit den Menschen vor Ort, statt Entscheidungen über ihre Köpfe hinweg zu treffen.

■ **An die Politik:**

- Schafft faire Rahmenbedingungen und stabile Förderungen, damit nachhaltige Landwirtschaft wirtschaftlich tragfähig bleibt.
- Setzt klare Anreize für Bio-Betriebe und honoriert Leistungen für Umwelt- und Klimaschutz.
- Verbindet Sonntagsreden mit konkreten Gesetzen: Wer Nachhaltigkeit fordert, muss sie auch ermöglichen und absichern.

Nur so wird Dankbarkeit zur Tat – und Erntedank zum echten Zukunftsfest!



Erntedank zwischen Anspruch und Wirklichkeit:
Wer Bauern wirklich wertschätzt, muss mehr tun als danken!

erstellt mit Microsoft Copilot, Oktober 2025

Strategieplan beinhaltet diese 12 Forderungen

Rund 20 Verbände der ökologischen Landwirtschaft, des Natur-, Tier- und Umweltschutzes fordern von der Deutschen Bundesregierung:

(Von der Redaktion verkürzt)

- **GAP umbauen:** Umsetzung des Konsenses der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL) für eine Umwandlung der flächengebundenen Direktzahlungen in eine einkommenswirksame Honorierung von Umwelt-, Natur-, Klima- und Tierschutzleistungen.
- **Agrarökosysteme und Bestäuberpopulationen wiederherstellen:** entschlossene Umsetzung der EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur.
- **Wasserrückhalt verbessern:** Ausbau naturbasierter Maßnahmen zur Stärkung des Landschaftswasserhaushalts und Wiedervernässung landwirtschaftlich genutzter Moorflächen.
- **Pflanzenschutzmitteleinsatz senken.**
- **Überdüngung reduzieren:** Düngegesetzgebung zur effektiven Minderung von Stickstoff- und Phosphorüberschüssen weiterentwickeln.
- **Ökolandbau stärken:** gesamtbetriebliche Leistungen des Ökolandbaus für Umwelt-, Klima- und Tierschutz besser nutzen und honorieren.
- **Tierhaltung umbauen:** Empfehlungen der Borchert-Kommission konsequent finanzieren – für Tierwohl, Klima und Zukunftsperspektiven.
- **Tierhaltungskennzeichnung:** ab Frühjahr 2026 verpflichtend im Handel, in Gastronomie und Gemeinschaftsverpflegung; mittelfristig für alle Tierarten und Produkte.
- **Klimaziele 2040 erfüllen:** Landwirtschaft und Landnutzung im Klimaschutzprogramm auf Kurs bringen.
- **Gentechnik regulieren:** Vorsorgeprinzip, Wahlfreiheit und Rückverfolgbarkeit bei neuer Gentechnik (NGT) garantieren.
- **Faire Preise sichern:** wirksame Regeln für kostendeckende Erzeugerpreise durchsetzen, Verhandlungsposition der Landwirt:innen stärken.
- **Ernährungspolitik gestalten:** faire, gesunde und nachhaltige Ernährungsumgebungen fördern.

Quelle: agrarheute.com

Kommentar: Ein Weckruf für die Agrarpolitik

Die zwölf Forderungen der Verbände sind nicht nur vernünftig, sondern längst überfällig. Sie zeigen, wie eine zukunftsfähige Landwirtschaft aussehen kann: ökologisch, fair, klimafreundlich und mit echter Wertschätzung für bäuerliche Arbeit. Viele Punkte – vom Schutz der Böden und Gewässer bis zu fairen Preisen – sind auch in Österreich dringend notwendig.

Doch während in Deutschland Zukunft diskutiert wird, erleben wir hierzulande Rückschritte. Umwelt- und Klimaschutzprogramme werden gekürzt oder blockiert – zuletzt beim Förderprogramm „Raus aus Öl und Gas“, das Umweltminister Totschnig massiv beschnitten hat. Damit werden nicht nur Klimaziele torpediert, sondern auch heimische Betriebe geschwächt, etwa durch den Einbruch bei der Nachfrage nach regionalem Holz für Pelletheizungen.

Die politische Farbe mag wechseln – von Türkis zu Schwarz –, doch die Haltung bleibt dieselbe: kurzfristiger Machterhalt statt langfristiger Verantwortung. Der Skandal um das Importfleisch in der Ministeriumskantine zeigt diese Doppelmoral auf: Während öffentlich „Kauft österreichisch!“ gepredigt wird, stammen dort nicht einmal ein Drittel der Produkte aus Österreich – Bio fast gar nicht.

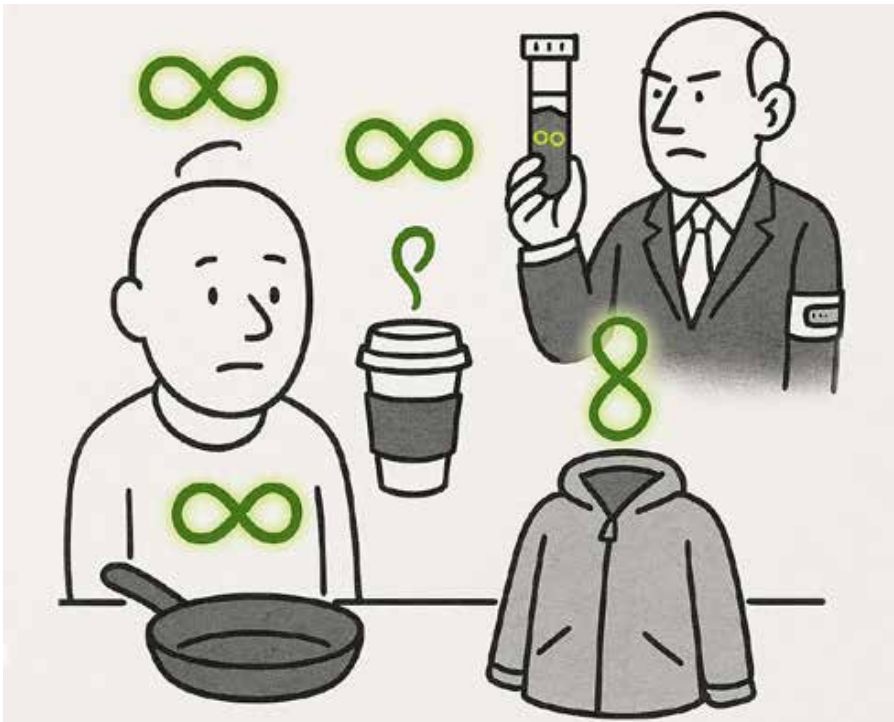
Die Folgen sind fatal: Immer mehr bäuerliche Betriebe geben auf, regionale Wertschöpfung und Vertrauen gehen verloren. Wenn selbst das Landwirtschaftsministerium nicht bereit ist, mit gutem Beispiel voranzugehen, wie soll dann die Bevölkerung überzeugt werden, regional und fair zu konsumieren?

Umso wichtiger ist, dass Verbände, Initiativen und Konsument:innen gemeinsam laut bleiben. In Großbritannien zeigt der Supermarkt Waitrose, dass Wandel möglich ist: Bis 2027 wird das gesamte Schweinefleischsortiment auf Freilandhaltung umgestellt – mit klaren Verträgen, langfristiger Planung und fairen Preisen für die Bauern.

Fazit: Wo echter Wille und klare Regeln herrschen, entsteht Zukunft. Wo Schönreden und Lobbyinteressen dominieren, verliert die Landwirtschaft ihre Seele – und mit ihr die Glaubwürdigkeit der ganzen Politik.

Auch die IG-Milch fordert für Österreich endlich eine Agrarpolitik, die Fairness nicht nur fordert, sondern finanziert – und damit den bäuerlichen Familienbetrieben echte Zukunft gibt.

Chemikalien: Auch der deutsche Umweltminister hat PFAS im Blut



„PFAS – Ewigkeitschemikalien in Alltagsprodukten und sogar im Blut: unsichtbar, aber allgegenwärtig.“ (eigene Karikatur, erstellt mit Unterstützung von KI (Microsoft Copilot))

Ob in Pfanne oder Regenjacke: PFAS sind nützlich – aber man wird sie nie los. Die EU will die schädlichen Chemikalien verbieten. Und testete sogar das Blut von Ministern.

Um auf Umweltprobleme aufmerksam zu machen, braucht es manchmal unkonventionelle Methoden. Das dachte sich anscheinend die dänische EU-Ratspräsidentschaft, als sie im Juli den Vorsitz im Rat der Europäischen Union übernahm. Als eine ihrer ersten Amtshandlungen lud sie die europäischen Umwelt- und Klimaminister und -ministerinnen dazu ein, ihr Blut untersuchen zu lassen – auf sogenannte PFAS, besser bekannt als „Ewigkeitschemikalien“. Die Auswertung zeigte: Bei allen 24 getesteten Spitzenpolitikern aus 19 Ländern konnten PFAS im Blut nachgewiesen werden. Bei etwa der Hälfte überschritten die Werte so-

gar die Grenzwerte, ab denen PFAS als gesundheitsschädlich gelten. Das zeigt: PFAS sind ein Umweltproblem, das uns alle betrifft.

PFAS in Meerestieren nachgewiesen

Auch in der Umwelt sind PFAS allgegenwärtig. Greenpeace hat in einer aktuellen Untersuchung starke Belastungen in Meerestieren aus deutschen Nord- und Ostsee-Häfen festgestellt. Alle 17 untersuchten Proben waren mit PFAS belastet, besonders hohe Konzentrationen wurden bei Steinbutt, Hering und Scholle gemessen. Einige Proben überschritten die EU-Grenzwerte um das bis zu Neunfache. Der Verzehr von nur 150 Gramm Steinbutt oder Krabben könnte die von der EFSA festgelegte tolerierbare wöchentliche Aufnahmemenge für PFAS bei einem Erwachsenen um bis zu 40 Prozent überschreiten. Kinder sind aufgrund ihres geringeren Körpergewichts be-

sonders gefährdet. Greenpeace fordert deshalb ein konsequentes Verbot aller PFAS und strengere Grenzwerte.

PFAS – ein Problem für Umwelt und Gesundheit

PFAS werden seit rund 70 Jahren in mehr als 10.000 Varianten industriell hergestellt. Sie sind in vielen Alltagsprodukten zu finden: als fluorierte Gase in der Kältetechnik, als wasser- und schmutzabweisende Beschichtung in Regenjacken, Pizzakartons, Coffee-to-go-Bchern, in Kosmetika, Feuerlöschschäumen und sogar in Düngemitteln. Das Problem: PFAS sind extrem langlebig und reichern sich in Böden, Grundwasser, der Nahrungskette und im menschlichen Körper an. Studien zeigen, dass PFAS unter anderem die Wirkung von Impfungen vermindern, zu erhöhten Cholesterinwerten und einer niedrigeren Spermienzahl führen können. Zwei PFAS-Verbindungen, PFOA und PFOS, wurden 2023 von der WHO als krebserregend bzw. möglicherweise krebserregend eingestuft.

Politik und Gesellschaft reagieren

Das Europäische Parlament und die EU-Mitgliedstaaten haben sich Ende September auf eine Aktualisierung der Richtlinie zum Schutz von Oberflächengewässern und Grundwasser vor langlebigen Schadstoffen geeinigt. PFAS werden künftig auf einer Liste von Schadstoffen geführt, deren Vorkommen im Wasser überwacht werden soll. Die EU plant zudem, 2026 einen Vorschlag für ein weitgehendes Verbot von PFAS in alltäglichen Konsumgütern vorzulegen. Die Verhandlungen mit der Industrie gestalten sich jedoch schwierig.

Quellen: Greenpeace, ZIB Magazin, EU-Kommission, Forever Pollution Project

Mercosur spaltet Politik – und verunsichert Bauern

Utl.: Abstimmungsverhalten von Bauernbund und SPÖ im Widerspruch zu öffentlichen Bekenntnissen

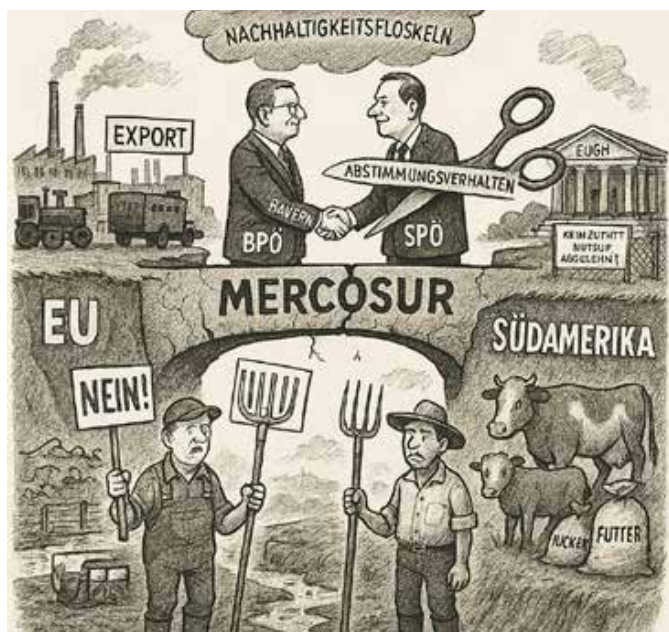
Hintergrund: Was ist das EU-Mercosur-Abkommen?

Das geplante **EU-Mercosur-Abkommen** soll den Handel zwischen der EU und den südamerikanischen Staaten Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay erleichtern. Für viele Industriezweige bedeutet das neue Absatzmärkte – für die Landwirtschaft jedoch drohen gravierende Folgen: mehr Importe von Rindfleisch, Zucker und Futtermitteln, die unter völlig anderen ökologischen und sozialen Bedingungen produziert werden. Mehrere Studien – zuletzt jene des *Wissenschaftsnetz Diskurs* – warnen vor **gravierenden Nachteilen für bäuerliche Betriebe** und vor **Rückschritten beim Klima- und Umweltschutz**.

Politik zwischen Worten und Taten

Wie der *FALTER* kürzlich berichtete, wächst in bäuerlichen Kreisen die Sorge, dass Mercosur die Landwirtschaft noch stärker zum **Spielball globaler Interessen** macht.

Auch die IG-Milch sieht im Abkommen eine massive Bedrohung für faire Landwirtschaft in Europa und Lateinamerika. Während europäische Industriezweige auf neue Absatzmärkte hoffen, droht die bäuerliche Produktion auf beiden Kontinenten zur Verliererin zu werden.



Mercosur spaltet: Politiker reden von Fairness, stimmen aber dagegen – und lassen Bauern im Regen stehen. Profite siegen, bäuerliche Zukunft und Umweltschutz verlieren.

erstellt mit Microsoft Copilot

„Wenn Fleisch, Zucker oder Futtermittel aus Südamerika unter Bedingungen produziert werden, die weder ökologisch noch sozial vergleichbar sind, dann geht es nicht um Wettbewerb – sondern um Verdrängung“, sagt **Ewald Grünzweil** von der IG-Milch.

„Und wer glaubt, man könne das mit ein paar Nachhaltigkeitsfloskeln ausgleichen, irrt gewaltig.“

EU-Splitting sorgt für Kritik

Die **EU-Kommission hat das Abkommen in zwei Teile „gesplittet“**, um nationale Parlamente bei zentralen Fragen zu umgehen. Jurist:innen zweifeln an, ob dieses Vorgehen EU-rechtskonform ist. Ein Antrag der Grünen, diese Rechtsfrage beim **Europäischen Gerichtshof (EuGH)** prüfen zu lassen, wurde diese Woche jedoch von **Bauernbund und SPÖ** im EU-Hauptausschuss abgelehnt – obwohl beide Parteien öffentlich stets betonen, Mercosur kritisch zu sehen.

Damit stellen sich beide Fraktionen **gegen eine rechtliche Klärung** – und gegen die Interessen vieler Bäuerinnen und Bauern, die auf faire Marktbedingungen und gleiche Standards hoffen.

Ich wurde weder gefragt noch sehe ich das so

„Ich wurde als von SPÖ-Chef Andreas Babler nominierter Vertreter im Expertenrat zu dieser Entscheidung weder gefragt noch informiert – und ich sehe das völlig anders“, erklärt Ewald Grünzweil.

„Wer soziale und ökologische Verantwortung ernst meint, muss sich bei Mercosur klar positionieren – und zwar dagegen.“

Das EU-Mercosur-Abkommen ist aus Sicht der IG-Milch ein **Rückschritt**: ökologisch, sozial und wirtschaftlich. Es stärkt die Exportinteressen der Agrarindustrie – und schwächt jene, die täglich für regionale, nachhaltige Lebensmittelproduktion sorgen.

„Mercosur ist kein Handelsabkommen im Sinne der Bauern“, so Grünzweil abschließend.

„Es ist ein politisches Signal, dass Konzerne wichtiger sind als Menschen, Böden und Tiere.“

Quellen und Kontext

- *Wissenschaftsnetz Diskurs* (2025): *Wirtschaftliche und ökologische Bewertung des EU-Mercosur-Abkommens*
- *FALTER* 39/2025: *„Bauern gegen Mercosur – Florencia und José sind nicht der Feind“*
- *Europäisches Parlament*: *Übersicht über das Abstimmungsverfahren zum EU-Mercosur-Abkommen (2025)*

Kein Zufall:

Die kranke Seele der Bauern ist politisch gemacht!

Die aktuelle Krise der seelischen Gesundheit in der Landwirtschaft ist kein Zufall, sondern das direkte Ergebnis jahrzehntelanger Fehlentscheidungen in der Agrarpolitik. Und es ist keine Änderung der politischen Agenda dieser Organisationen in Sicht. Die Institutionen und Verbände, die heute versuchen, Lösungen zu präsentieren, tragen maßgeblich Verantwortung für die entstandene Belastungssituation. Es ist daher legitim und notwendig, die Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit

dieser Akteure kritisch zu hinterfragen. Die Tatsache, dass laut ORF-Thema-Beitrag 60 % der Landwirtinnen und Landwirte Burnout-gefährdet sind, spricht eine eindeutige Sprache: Das ist eine Bankrotterklärung für den Bauernbund, den Deutschen Bauernverband und all jene, die sich bislang als Interessenvertreter der Landwirtschaft verstanden haben. Denn nachfolgende Organisationen sind in der Arbeitsgruppe vertreten: der Deutsche Bauernverband, der Bayerische

Bauernverband, der Bund der Deutschen Landjugend, die Bundesarbeitsgemeinschaft Familie und Betrieb, das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, das Evangelische Bildungswerk in Württemberg, das Institut für Qualitätssicherung in Prävention und Rehabilitation, die Landwirtschaftskammer Niedersachsen und die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG).

Suicide in der Landwirtschaft:

Das Thema politisch angehen

Kein Tabuthema mehr: Die seelische Gesundheit von Landwirtinnen und Landwirten rückt in den Fokus

Die Belastungen in der Landwirtschaft sind hoch – und das Thema Suizidalität wird auch in der Grünen Branche immer häufiger angesprochen. Gründe dafür sind vielfältig: hohe Arbeitsbelastung, finanzielle Sorgen, Extremwetter, rechtliche Zwänge, ein Imageproblem und oft komplexe Familien- und Betriebsdynamiken. Diese Faktoren können zu zugespitzten Krisen führen, in denen Suizidalität zu einer großen Gefahr wird.

Neue Arbeitsgruppe für Suizidprävention

Um das Tabu zu brechen und konkrete Hilfe zu verbessern, hat sich Anfang 2025 die Arbeitsgruppe „Suizidprävention in der Grünen Branche“ gegründet. Sie ist Teil des Nationalen Suizidpräventionsprogramms (NaSPro) und

will die Vernetzung von Beratungsorganisationen und Initiativen fördern. Ziel ist es, Suizidalität gesellschaftlich zu enttabuisieren und das Thema stärker in politische Entscheidungen einzubringen. In der Arbeitsgruppe sind u. a. der Deutsche Bauernverband, der Bund der Deutschen Landjugend, das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, die Landwirtschaftskammer Niedersachsen und die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) vertreten.

Politische Initiativen und Gesetzgebung

Auch auf Bundesebene wird das Thema inzwischen ernst genommen: Die Bundesregierung hat 2025 einen Gesetzentwurf für ein Suizidpräventionsgesetz vorgelegt. Ziel ist der Ausbau von Hilfestrukturen, mehr Information, Aufklärung und Forschung sowie die

Einrichtung einer Bundesfachstelle für Suizidprävention. Geplant ist auch eine bundesweit einheitliche Krisendienst-Rufnummer (113).

Fazit

Die psychische Gesundheit von Landwirtinnen und Landwirten ist ein zentrales Thema, das endlich offen angesprochen wird. Die neue Arbeitsgruppe, politische Initiativen und konkrete Hilfsangebote sind wichtige Schritte, um Suizidalität in der Landwirtschaft zu bekämpfen und Betroffene besser zu unterstützen. Zur Enttabuisierung des Themas Suizid haben wir als IG-Milch entscheidend beigetragen. Wir haben aber auch genug Schelte und böse Worte dafür einstecken müssen. Aber Gott sei Dank sind wir drangeblieben ...

Quellen: top agrar, NaSPro, SVLFG, Deutscher Bundestag

Bild im Hintergrund: erstellt mit Microsoft Copilot

Weniger Steuern auf Lebensmittel – sozial gerecht oder ökonomisch wirkungslos?

Warum die Senkung der Umsatzsteuer hilft – aber nicht die Inflation löst

Die Diskussion über eine Senkung der Umsatzsteuer auf Lebensmittel sorgt in Österreich weiter für Kontroversen. Wi-fo-Chef Gabriel Felbermayr brachte den Vorschlag ein, den Steuersatz auf Grundnahrungsmittel von derzeit zehn auf fünf Prozent zu senken. Damit will er Konsumentinnen und Konsumenten entlasten und die Teuerung dämpfen. Doch unter Wirtschaftsforschern herrscht Uneinigkeit über die Wirkung.

Argumente für eine Steuersenkung

Befürworterinnen und Befürworter betonen vor allem die soziale Komponente: Haushalte mit geringem Einkommen geben einen deutlich höheren Anteil ihres Budgets für Lebensmittel aus als wohlhabendere. Eine niedrigere Umsatzsteuer würde daher ärmere Familien überproportional entlasten und damit einen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit leisten. Darüber hinaus wäre die Maßnahme unbürokratisch und sofort spürbar – jede und jeder sieht den Effekt direkt an der Supermarktkasse. Eine gezielte Senkung auf gesunde, pflanzliche Lebensmittel könnte außerdem gesundheitliche und ökologische Vorteile bringen: bessere Ernährung, geringerer Fleischkonsum, weniger CO₂-Belastung. Viele europäische Länder gehen diesen Weg bereits. Deutschland, Frankreich oder Irland haben reduzierte Steuersätze auf Grundnahrungsmittel. Österreich liegt mit zehn Prozent im oberen Mittelfeld.

Ökonomische Bedenken

Aus Sicht vieler Wirtschaftsforscher bleibt die Wirkung auf die Inflationsrate gering. Felbermayr selbst schlägt vor, die Senkung durch eine Erhöhung der Umsatzsteuer auf andere Produkte zu finanzieren – also aufkommensneutral für den Staat. Das bedeutet: Lebensmittel würden billiger, andere Produkte teurer. Für die Gesamtinflation hätte das laut Wi-fo-Ökonom Josef Baumgartner und IHS-Experte Sebastian Koch „mehr oder weniger null“ Effekt.

IHS-Chef Holger Bonin argumentiert, die Maßnahme sei sozialpolitisch motiviert, aber kein geeignetes Mittel zur Inflationsbekämpfung. Sozialpolitik könne man gezielter gestalten – etwa durch höhere Transferleistungen oder direkte Unterstützung für Bedürftige.

Wer profitiert wirklich?

Laut Berechnungen des Momentum-Instituts geben die ärmsten 20 Prozent der Haushalte etwa 18 Prozent ihres Einkommens für Lebensmittel aus, das reichste Fünftel nur

rund 12 Prozent. Eine Steuersenkung auf Lebensmittel würde also zwar ärmere Haushalte stärker entlasten, aber auch wohlhabendere mitnehmen. Damit bleibt die Frage offen, ob die Umsatzsteuer tatsächlich das beste Instrument ist, um gezielt soziale Ungleichheit zu mindern.

Politisch aufgeladene Debatte

Die Steuersenkung berührt sensible politische Bereiche. Eine Anhebung anderer Umsatzsteuersätze – etwa des 13-Prozent-Tarifs, der auch Tierfutter oder Thermeneintritte umfasst – gilt als heikel, insbesondere für ÖVP-nahe Bereiche. Daher schlägt Felbermayr nun eine Erhöhung des allgemeinen Satzes von 20 Prozent vor, was wiederum andere Gruppen belasten würde.

Die Debatte zeigt: Einfache Lösungen gibt es nicht. Eine Senkung der Umsatzsteuer auf Lebensmittel kann soziale Entlastung bringen, ist aber kein Wundermittel gegen Teuerung. Wie stark sie wirkt, hängt letztlich davon ab, ob die Entlastung tatsächlich bei den Konsumentinnen und Konsumenten ankommt – oder ob sie im Handel versickert.

Fazit:

Eine niedrigere Umsatzsteuer auf Lebensmittel ist keine Inflationsbremse, aber ein Signal für soziale Fairness. Sie kann Menschen mit geringem Einkommen helfen, ohne bürokratische Hürden. Doch wenn sie ernst gemeint ist, muss sie Teil einer umfassenden Preis- und Ernährungspolitik sein – mit fairen Erzeugerpreisen, gesunden Produkten und einer klaren sozialen Zielrichtung. Steuern sind nicht nur Zahlen – sie zeigen, was uns als Gesellschaft wichtig ist.



Weniger Steuern auf Lebensmittel – sozial gerecht oder ökonomisch wirkungslos?

erstellt mit Microsoft Copilot

Ein Klimagesetz mit Haltung – Schöpfungsverantwortung ist kein Randthema

Die Katholische Aktion Österreich (KAÖ) hat mit ihrer jüngsten Stellungnahme zum geplanten Klimaschutzgesetz ein wichtiges Signal gesetzt – eines, das weit über kirchliche Kreise hinausreicht. Sie fordert ein Gesetz, das den Wandel begleitet, statt ihn zu bremsen: hin zu einer Gesellschaft, die Verantwortung für die Schöpfung übernimmt und den Mut zu echten Veränderungen zeigt.

KAÖ-Präsident Ferdinand Kaineder bringt es auf den Punkt: Wer die Eckpfeiler des Klimaschutzes einreißt, zerstört das ganze Haus. Schon seit der Enzyklika Laudato Si' mahnt die Kirche ein Umdenken an – weg von Gleichgültigkeit, hin zu einer ökologisch gerechten Welt. Besonders Parteien, die sich auf das „christliche Abendland“

berufen, stehen hier in einer besonderen Verantwortung. Doch statt mutiger Ziele dominiert im aktuellen Entwurf von Landwirtschaftsminister Totschnig Stillstand.

Vizepräsidentin Katharina Renner kritisiert zu Recht die Mutlosigkeit des vorliegenden Gesetzes. Österreich brauche endlich verbindliche Ziele und klare Maßnahmen – nicht ein „rückwärtsgewandtes Klimagesetz“. Der Auftrag an die Politik ist deutlich: Schöpfungsverantwortung ist keine moralische Floskel, sondern ein handfester Auftrag zum Handeln.

Man kann sich dieser Haltung nur anschließen. Der Ruf der Katholischen Aktion ist ehrlich, überparteilich und zutiefst menschlich. Wir alle – ob als Christ:innen, Landwirt:innen oder

Bürger:innen – stehen in der Verantwortung, das gemeinsame Haus zu bewahren. Wenn wir jetzt wieder nur hinauszögern und verwässern, dann verspielen wir Zukunft – auch jene unserer Kinder und Enkel.

Es tut gut, zu sehen, dass sich christliche Stimmen so klar und mutig für den Erhalt der Schöpfung einsetzen. Gerade in Zeiten, in denen wirtschaftliche Interessen oft über Gemeinwohl und Moral gestellt werden, braucht es diese Haltung. Verantwortung für Klima und Umwelt ist kein Luxus – sie ist Ausdruck gelebter Solidarität.

Darum: Danke an die Katholische Aktion für diesen klaren Appell. Ein Klimagesetz ohne Schöpfungsverantwortung ist ein Gesetz ohne Herz.

HÖRMANN



Isolier-Drehtür HID-80

Isoliertüren Kühl- und Gefrierraum

Isoliertüren Kühlraumschiebetür

Isolier-Schiebetür für Kühl- und Gefrierräume

Hörmann Isoliertüren

Frisch, sicher, perfekt gelagert – genau das, was Ihre Produkte verdienen.

Unsere neuen Isoliertüren für Kühl- und Gefrierräume sorgen dafür, dass Lebensmittel ihre Qualität und Haltbarkeit behalten. Ob Kühlräume bis 0 °C oder Gefrierräume bis -28 °C – Hörmann bietet für jede Anforderung die passende Lösung. Wählen Sie zwischen **Drehflügel-** oder **Schiebetüren** und profitieren Sie von perfekt aufeinander abgestimmten Systemen aus einer Hand. Energieeffizient, hygienisch und robust – damit Ihre Produkte immer optimal gelagert sind.

Link: <https://www.hoermann.at/industriekunden/tueren/isoliertueren/>

EU-Klimaziel 2040 in Gefahr

Im EU-Parlament sorgt derzeit die Festlegung des Klimaziels für das Jahr 2040 für intensive Diskussionen. Die EU-Kommission hat vorgeschlagen, die Treibhausgasemissionen bis 2040 um **90 Prozent gegenüber 1990** zu senken – ein entscheidender Zwischenschritt auf dem Weg zur Klimaneutralität 2050.

Für Aufsehen sorgt nun, dass die Verhandlungen über dieses Klimagesetz von einem Abgeordneten der rechtspopulistischen Fraktion „**Patrioten für Europa**“ geleitet werden. Der Politiker hat angekündigt, das Gesetz in seiner derzeitigen Form **kippen oder stark abschwächen** zu wollen. Kritiker:innen befürchten, dass damit der Klimaschutz in der EU zur Nebensache wird. Grüne und Sozialdemokrat:innen im EU-Parlament warnen vor **Verwässerung und Verzögerung**, während Umweltorganisationen betonen, dass ein ambitioniertes 2040-Ziel entscheidend ist, um die Pariser Klimaziele einzuhalten. Noch ist unklar, ob das Reduktionsziel tatsächlich beschlossen wird – mehrere Mitgliedstaaten zögern, sich festzulegen.

Rebhuhn und Nitrat:

Umweltverantwortung ist Gemeinschaftssache – ein Blick nach Deutschland

Warum Arten- und Gewässerschutz alle betrifft

Das Rebhuhn, einst ein vertrauter Bewohner unserer Kulturlandschaft, ist heute in vielen Regionen Europas vom Aussterben bedroht. In Deutschland gilt es inzwischen als „stark gefährdet“. Die Naturschutzorganisation Nabu hat das Rebhuhn nicht ohne Grund auf die Auswahlliste für den Vogel des Jahres 2026 gesetzt – fast die Hälfte der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der öffentlichen Wahl stimmte für den unscheinbaren Vogel. Doch der eigentliche Grund für seinen Schwund ist keine neue Bedrohung, sondern der fortschreitende Verlust seines Lebensraums.

Die intensive konventionelle Landwirtschaft ist dabei der Hauptverursacher: Durch das Zusammenlegen von Flächen, das Umwandeln von Brachland in Ackerland und den massiven Einsatz von Dünger entstehen monotone Agrarlandschaften, in denen Wildtiere wie das Rebhuhn kaum noch Lebensraum finden. Gleichzeitig führt der hohe Düngereinsatz zu einem besorgniserregenden Nitratüberschuss in unseren Gewässern – mit gravierenden Folgen für die Umwelt und die Trinkwasserqualität. Die Nitratbelastung ist kein Randproblem, sondern ein zentrales Umweltproblem, das durch die industrielle Landwirtschaft weiter verschärft wird.

Finnland bricht Hitzerekord

Wie dringlich Klimaschutz geworden ist, zeigt ein aktuelles Beispiel aus Nordeuropa: In **Finnland** wurden in diesem Sommer erstmals seit Beginn der Wetteraufzeichnungen **14 Tage in Folge Temperaturen mit über 30 °C** gemessen – ein Hitzerekord, der den bisherigen Spitzenwert von 1972 übertrifft. Das finnische Meteorologische Institut sieht darin ein deutliches Zeichen des fortschreitenden Klimawandels, der besonders in nördlichen Regionen zu längeren und häufigeren Hitzeperioden führt.



Intensive Diskussionen vor dem EU-Parlament: Bürgerinnen und Bürger sowie Politiker debattieren über die Zukunft der europäischen Klimapolitik und das Klimaziel 2040. Die Auseinandersetzung zeigt, wie sehr Klimaschutz und politische Entscheidungen die Gesellschaft bewegen. erstellt mit Microsoft Copilot

Oft wird die Verantwortung für den Rückgang der Artenvielfalt und die Belastung der Gewässer schnell der Landwirtschaft zugeschoben. Doch diese arbeitet unter enormem wirtschaftlichen Druck und politischen Rahmenbedingungen, die sie zu immer effizienteren und oft naturfeindlichen Praktiken zwingen. Flächen werden zusammengelegt, Brachland verschwindet und der Einsatz von Dünger steigt – alles, um im globalen Wettbewerb zu bestehen und billige Lebensmittel zu produzieren.

Die Verantwortung für den Schutz von Artenvielfalt und Gewässern kann jedoch nicht allein auf die Landwirtinnen und Landwirte abgewälzt werden. Politik und Gesellschaft müssen endlich konsequente und wirksame Maßnahmen ergreifen, um die negativen Auswirkungen der konventionellen Landwirtschaft zu begrenzen und nachhaltige Alternativen zu fördern. Maßnahmen wie die Düngeverordnung oder die Stoffstrombilanzverordnung sind wichtige Bausteine, werden jedoch häufig als Belastung empfunden und nicht konsequent umgesetzt. Das jüngste Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zwingt die Regierung zum Handeln und zeigt, dass die bisherigen Bemühungen nicht ausreichen. Am Beispiel des Rebhuhns und der Nitratbelastung wird



Das Rebhuhn als Opfer der intensiven Landwirtschaft: Überdüngte Felder und Nitratüberschuss rauben dem Rebhuhn den Lebensraum und gefährden seine Gesundheit. Ein stilles Mahnmal für die Folgen unseres Umgangs mit Natur und Umwelt

erstellt mit Microsoft Copilot

deutlich: Es braucht einen grundlegenden Wandel im Umgang mit unserer Umwelt. Nur wenn Politik, Landwirtschaft und Gesellschaft gemeinsam an Lösungen arbeiten, können wir die Artenvielfalt und sauberes Wasser für kommende Generationen sichern. Das leise Verschwinden des Rebhuhns sollte uns allen ein Warnsignal sein – höchste Zeit, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen.

Diese Entwicklungen führen uns vor Augen, dass die Klimakrise längst

Realität ist. Rekordhitze, Dürren und Extremwetter zeigen, wie eng politische Entscheidungen und das tägliche Leben miteinander verbunden sind. Gerade jetzt, da manche versuchen, ambitionierte Klimaziele zu blockieren oder zu relativieren, braucht es Mut, Verantwortung und klare demokratische Entscheidungen. Klimaschutz ist keine ferne Zukunftsaufgabe – er ist eine Frage der Gerechtigkeit und der Verantwortung gegenüber kommenden Generationen.

Von 9.500 kg auf 5.500 kg Milchleistung, dafür mehr Nachhaltigkeit:

Warum eine gezielte Senkung der Milchleistung im Mittelpunkt neuer Landwirtschaftsmodelle steht

Im Fokus des Betriebs von Bernhard Wyss im Buechibärg steht ein Perspektivenwechsel: Statt maximaler Milchproduktion setzt der Landwirt auf eine bewusst gesenkte Milchleistung seiner 75 Kühe. Ziel ist es, dass jede Kuh mit ihrem Kalb laufen darf – ein Ansatz, der Tierwohl und nachhaltige Kreislaufwirtschaft in den Mittelpunkt rückt.

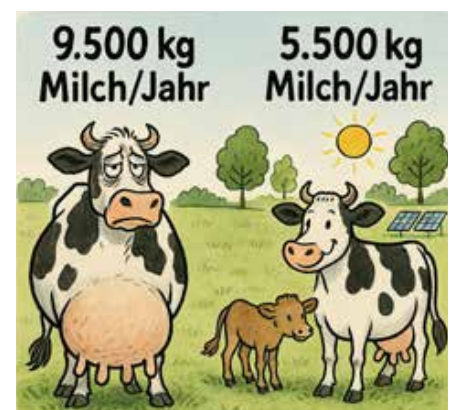
Durch die Reduktion der Milchleistung bleibt den Kälbern mehr Muttermilch, was die Gesundheit der Tiere stärkt und eine natürliche Immunisierung fördert. Wyss verzichtet auf fremde Tiere im Stall, minimiert den Einsatz von Antibiotika und nutzt stattdessen Homöopathie sowie innerbetriebliche Systeme für Galtkühe. Die Kälber verweilen mindestens zehn Tage bis zwei Monate bei den Kühen, wodurch sie optimal versorgt werden. Dieser Ansatz hat einen neuen Markt eröffnet: Milch und Fleisch von Tieren, die nie Antibiotika erhalten haben, werden über eine spezielle Linie von Aldi

(Aldi zahlt für diese Milch € 1,07 = 115 Rappen pro Liter. Das ist ein sehr guter Preis. Leider können nur eine Handvoll Bauern in diesen Kanal liefern.) und Emmi verkauft. Sollte ein Tier doch behandelt werden müssen, verlässt es nach Genesung den Betrieb. So werden Qualität und Glaubwürdigkeit des Produkts gewahrt. Ergänzt wird die nachhaltige Tierhaltung durch ein Agroforstsystem, das gemeinsam mit Elias Flury, Co-Betriebsleiter des Forstbetriebs Bucheggberg, umgesetzt wurde. Auf sieben Hektar wachsen Wertholzbäume und Futterhecken in maschinell bewirtschaftbaren Reihen. Diese liefern Heil- und Nährstoffe für die Tiere und bieten Lebensraum für zahlreiche Nutztiere und Wildtiere. Ein Keyline-Graben sorgt dafür, dass das Wasser optimal gespeichert und bei Starkregen für die Siedlung unterhalb nutzbar gemacht wird. Die tiefe Verwurzelung der Bäume verbessert das Mikroklima und bringt mehr Feuchtigkeit und Kühlung in die Landschaft. Das Projekt wurde durch Stiftungen und den Kanton finanziert, die Pflege verantwortet der Betrieb. Trotz mancher Verwunderung über die Anpflanzungen auf flachem Feld wurde das

Engagement für mehr Biodiversität und Klimaschutz vielfach gelobt.

Neben diesen Maßnahmen nutzt Wyss die Sonnenenergie intensiv: 2.296 Solarmodule mit einer Leistung von 600 kWp auf 4.000 Quadratmetern Dachfläche decken den Strombedarf von 400 Personen im Jahr. Damit wird der Betrieb zum Vorbild für nachhaltige Energieproduktion in der Landwirtschaft. Bernhard Wyss zeigt, wie der Mut zu weniger Milchleistung den Weg für ein nachhaltigeres und zukunftsfähiges Landwirtschaftsmodell ebnet – mit Vorteilen für Tiergesundheit, Umwelt und Verbraucher:innen.

Quelle: Schweizer Bauer



Das Bild spricht für sich – keine Erklärung nötig ... erstellt mit Microsoft Copilot

Nachruf: Siegfried Jäckle – ein Leben für die Landwirtschaft und den Wandel

Vor wenigen Wochen ist Siegfried Jäckle im Alter von 80 Jahren verstorben.

Die Nachricht hat uns tief getroffen. Mit ihm verliert die bäuerliche Landwirtschaft im Schwarzwald und weit darüber hinaus eine ihrer wichtigsten Stimmen und einen unermüdlischen Mitstreiter für eine gerechte, nachhaltige und vielfältige Landwirtschaft.

Siegfried Jäckle war Gründungsmitglied und langjähriger Vorsitzender des Forums Pro Schwarzwaldbauern. Er hat die Landwirtschaft in der Region maßgeblich geprägt und war für viele von uns ein Vorbild und Mentor. Sein Engagement reichte weit über die Grenzen des Schwarzwalds hinaus – er war ein Vordenker, der sich nie mit einfachen Antworten zufriedengab und immer wieder den Mut zum Streit und zur Diskussion einforderte.

Besonders in Erinnerung bleibt mir unser gemeinsamer Besuch bei Christian Hiß in Freiburg im November 2019. Zusammen mit Ewald, Ernst und weiteren Mitstreitern folgten wir seiner Einladung zur Regionalwert AG, um an der Fachtagung „Richtig rechnen in der Landwirtschaft“ teilzunehmen. Siegfried war begeistert von der Idee, dass künftig der Verursacher von Umweltschäden zahlen und derjenige belohnt werden soll, der die Umwelt schützt und saniert. Für ihn war das ein wichtiger Schritt hin zu einer ökologischen Revolution, die er immer gefordert und mitgestaltet hat.

Siegfried Jäckle hat sich nie mit dem Status quo abgefunden. Er wollte Teil von Veränderung sein, hat sich für neue Projekte und Initiativen eingesetzt und war immer offen für den Austausch mit anderen. Sein Blick war stets auf das große Ganze gerichtet: auf die Zukunft der Landwirtschaft, auf die Bedeutung von Vielfalt und auf die Rolle der Bauern als Übersetzer der Natur für die Gesellschaft. Sein Tod hinterlässt eine große Lücke. Doch sein Vermächtnis bleibt: der Mut, sich einzumischen, die Kraft, Visionen zu entwickeln und die Überzeugung, dass Landwirtschaft mehr ist als Produktion – sie ist Teil unserer Kultur, unserer Landschaft und unserer Gemeinschaft. Die IG-Milch und viele andere werden Siegfried Jäckle als kritischen Denker, engagierten Praktiker und warmherzigen Menschen in Erinnerung behalten.

Wir danken Siegfried für alles, was er für uns und für die Landwirtschaft getan hat. Sein Einsatz und seine Ideen werden uns weiterhin begleiten und inspirieren. Mit Siegfried Jäckle verliert die bäuerliche Landwirtschaft im Schwarzwald und darüber hinaus eine ihrer wichtigsten Stimmen. Als Gründungsmitglied und langjähriger Vorsitzender des Forums pro Schwarzwaldbauern hat er sich unermüdllich für eine vielfältige, gerechte und nachhaltige Landwirtschaft

eingesetzt. Besonders in Erinnerung bleibt sein Engagement für neue Wege, wie bei unserem gemeinsamen Besuch bei Christian Hiß in Freiburg, wo er sich begeistert für eine ökologische Revolution und das „richtige Rechnen“ in der Landwirtschaft einsetzte. Sein Mut, seine Vision und seine Menschlichkeit werden uns fehlen und weiter inspirieren.



Siegfried Jäckle, vom Forum Pro Schwarzwaldbauern e. V., Franz Rohrmoser, Ernst Halbmayr, Ewald Grünzweil und Thomas Högmann aus Schweden, gründet ebenfalls eine Regionalwert AG in der Region Östergötland; alle vor dem Restaurant Adelhaus der Regionalwert AG in Freiburg (v.l.)

PP-MEGA-Rohr oder Drän

DN/ID 100 - 1600 mm

SN8

SN12

ÖNORM EN 13476-3 geprüft

Ideal geeignet für:

- Haus-, Stallbau, Gülleleitungen
- Sammelleitungen
- Dränagierung von Wiesen und Feldern

Das PP-MEGA-Rohr bekommt seine **hohe statische Tragkraft** durch die innovative Wellung (technischer Aufbau) der Außenwand und ist dadurch **widerstandsfähiger gegen Verformung und robuster gegen Beschädigungen** beim Einbau.

Das PP-MEGA-Rohr 8 hat eine Ringsteifigkeit von SN8 und ist daher **doppelt so belastbar** wie herkömmliche PVC-Rohre SN4.

Standardschächte DN 400

NEU

das innovative Wellenrohrprofil verhindert die Verformung durch seitliche Druckbelastungen

verschiedene Anschlussmöglichkeiten mit Übergängen

PP-MEGA-Drän oder -Rohr DN/ID 100

SN8

geschlitzt oder geschlossen

Vorteile:

- höhere Stabilität gegenüber PVC-Rohr SN4, Tunnelrohr und Dränageschlauch 816 kg/m²

ideales Zubehörsystem

alle Zu- und Abläufe mit Muffen

www.bauernfeind.at 07277/2598

Irrtum, Druck- und Satzfehler vorbehalten!

Anzeige

Lesetipp:

Greenwashing – das schmutzige Geschäft mit deinem Gewissen



Die **Autorin und Wirtschaftsexpertin von Greenpeace, Ursula Bittner**, zeigt in ihrem neuen Buch, wie Greenwashing funktioniert – auch in der Landwirtschaft. Denn wir sehen: Die globale industrielle Landwirtschaft steckt in einer tiefen Krise. Der Druck auf österreichische Kleinbäuerinnen und -bauern wächst und wächst. Gleichzeitig kommt ein Drittel der weltweiten Treibhausgasemissionen von der, großteils industriellen Landwirtschaft, die zusätzlich die Artenvielfalt schädigt. Das Geschäft ist in der Hand einiger weniger Großer. Technologische Lösungen wie Gentechnik, vermeintliche Fortschritte durch die „Agrarwirtschaft 4.0.“ zementieren ihre Vormachtstellung weiter ein. Auch neue Modeworte wie regenerative Landwirtschaft sind beliebt – sie unterliegen keinen Vorgaben und können so für nette Werbekampagnen verwendet werden. Nicht zuletzt werden aber immer wieder ökologischer Alternativen von der Landwirtschaftsvertretung diffamiert.

Greenwashing – längst auch in der Landwirtschaft

Warum wir genau hinschauen müssen, wenn plötzlich alle „grün“ sein wollen

„Nachhaltig“, „klimafit“, „zukunfts-tauglich“ – große Worte, die heute auf jeder Milchpackung und auf jedem Lebensmittelregal kleben. Doch was steckt wirklich dahinter?

Während Bäuerinnen und Bauern in Österreich unter immer größerem wirtschaftlichen Druck stehen, entdecken Konzerne und Lobbygruppen den **Klimaschutz als Werbestrategie**. Kein Wunder – echte Veränderung würde bedeuten: weniger Profit, mehr Verantwortung. Also wird grün etikettiert, was nicht grün ist. Die Rede ist von **Greenwashing**.

Was ist Greenwashing?

Greenwashing bedeutet: schönfärben statt verändern.

Unternehmen geben sich ein ökologisches „grünes“ Image – mit Broschüren, Siegeln und PR-Kampagnen –, ohne wirklich etwas an ihrem zerstörerischen Geschäftsmodell zu ändern. Ihr Ziel ist mehr Absatz und Profit, aber vor allem Einfluss in der Politik – ohne sich Regeln vorschreiben zu lassen. Das ist kein Zufall, sondern Strategie. Ihren Ursprung hat diese Masche übrigens auch in der Landwirtschaft: Als die Biologin **Rachel Carson** Anfang der 60er Jahre ihr Buch *Silent Spring* veröffentlichte und enorme Schäden durch das Insektizid DDT aufdeckte, startete die Chemieindustrie eine gezielte Kampagne, um Carson öffentlich zu diffamieren. Die Kampagne scheiterte und das Insektizid DDT wurde verboten.

Daraus lernten die Konzerne: Diffamieren und Leugnen funktionieren neben einer starken Umweltbewegung und Wissenschaft nicht. Besser: So tun, als wäre man Teil der Lösung – und weiter verdienen wie bisher. Täuschung statt Transformation.

Was bleibt sind Monokulturen statt Vielfalt, fossile Dünger statt gesunder Böden, Exportwahn statt Regionalität und immer mehr Druck auf kleinere Betriebe.

Beispiel Milch: Greenwashing ganz konkret

Kuhmilch und pflanzliche Drinks sollen und können nebeneinander existieren. Viele Menschen konsumieren beides. Sowohl Kuhmilch als auch Hafer- und Sojadinks werden von der österreichischen Landwirtschaft hergestellt. Das schmeckt einigen Vertreter:innen der Landwirtschaft nicht und so wird etwa **Kuhmilch als „klimafit“** inszeniert – gleichzeitig wird **Mandelmilch** als Umweltsünder dargestellt. Andere pflanzliche Alternativen wie **Hafermilch** (aus österreichischem Anbau mit deutlich besserer Klimabilanz) kommen kaum vor. Die gezielte Auswahl von Mandelmilch – der Drink mit dem meisten Wasserverbrauch – trägt nicht zu einer faktenbasierten öffentlichen Debatte bei, sondern verzerrt sie.

Was der Bauernbund ebenfalls in seiner Kommunikation verschweigt: Kuhmilch wird mit 10 % besteuert, Pflanzenmilch mit 20 %. Der Preisvorteil ist also politisch gewollt – nicht naturgegeben.

Beispiel Carbon Farming – wer profitiert wirklich?

Klingt gut, ist aber oft eine Mogelpackung. Beim Carbon Farming sollen Landwirt:innen CO₂ im Boden speichern und Zertifikate verkaufen. Klingt nach Klimaschutz, führt aber oft in neue Abhängigkeiten – von Plattformen, Investoren und Softwareunternehmen.

Beispiel: Beim Anbieter Agreena müssen sich Landwirt:innen 10 Jahre binden – bei hohen Gebühren und begrenzter Flexibilität. Die Kontrolle über den eigenen Betrieb? Rutscht immer stärker in die Hände externer Dienstleister und Tech-Unternehmen.

Greenwashing ersetzt keinen Systemwandel

Ob „klimafitte Milch“, „regenerativ“, „Carbon Farming“ oder „CSA“ – viele dieser Begriffe klingen nach Fortschritt. In Wahrheit sollen sie oft nur den Status quo erhalten und neue Geschäftsfelder erschließen.

Was wir wirklich brauchen:

- Ehrlichkeit statt PR
- Unabhängigkeit statt Konzernmacht
- echte Vielfalt statt Monokulturen
- und vor allem: faire Preise für echte bäuerliche Leistung

Unser Lesetipp für den Herbst:

„Greenwashing – das schmutzige Geschäft mit deinem Gewissen“

von Ursula Bittner



Ein Buch, das nicht nur aufdeckt, wie Greenwashing funktioniert, sondern zeigt, **was wir dagegen tun können**. Verständlich, faktenreich und mit vielen Beispielen aus der Landwirtschaft.

Jetzt im Buchhandel erhältlich.



RZ 210
AMAROLA

RZ 240
KWS ADORADO

RZ 270
CABALIO 

RZ ~290
KWS MONUMENTO

RZ ~290
ATLETICO

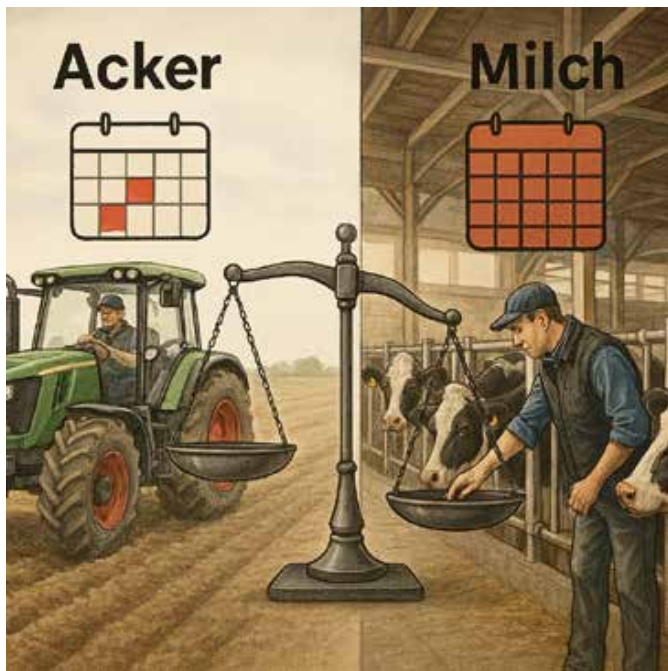
Detaillierte Ernteergebnisse
auf www.kwsaustria.at

„30 Tage Arbeit im Jahr“ – wenn Franz Fischler plötzlich unsere Kritik wiederholt

Franz Fischler ist kein Unbekannter für uns. Er war jener Mann, der einst hauptverantwortlich den Start eines **Gegenprojekts zu „A faire Milch“** betrieb. Mit öffentlichen Geldern in **Millionenhöhe** wurde das Projekt FAIREA – über die Tochterfirma des Ökosozialen Forums – aus der Taufe gehoben.

Aus einer **parlamentarischen Anfrage (878-J, 12. Februar 2009)** geht hervor, dass nicht weniger als 1,9 Millionen Euro an Förderungen für die Marke „Gut so!“ zugesagt wurden. Als Starthilfe flossen bereits im Jahr 2008 **400.000 Euro** Steuergeld aus dem Landwirtschaftsministerium (unter Beteiligung der Länder).

Selbst die Oberösterreichischen Nachrichten berichteten damals: „An manchem ländlichen Stammtisch kocht die Volksseele, weil Ex-EU-Agrarkommissar Franz Fischler für ein Gütesiegel-Programm Fördermillionen kassieren soll.“ Das Projekt „Gut so!“ sollte eine Qualitätslinie des Ökosozialen Forums werden – abgewickelt über die **FAIREA GmbH** in Wien. Doch das Vorhaben versandete. Es blieb ein Symbol für politische Machtspiele im Agrarsektor: staatlich finanziert, aber ohne Rückhalt in der bäuerlichen Basis. Und nun, Jahre später, meldet sich eben jener Franz Fischler zu Wort – mit einer Aussage, die im Kern exakt das bestätigt, was wir von der IG-Milch seit Jahren kritisieren:



erstellt mit Microsoft Copilot

„Wenn ich großzügig rechne, ist ein Ackerbauer mit 50 Hektar 30 Tage im Jahr beschäftigt.“

Dieser Satz ist provokant, aber richtig. Fischler beschreibt damit die enorme Schiefecke zwischen den verschiedenen Sparten der Landwirtschaft. Während Ackerbaubetriebe mit großflächiger Mechanisierung und wenigen Arbeitsspitzen ihre Arbeit in Wochen erledigen, stehen Grünland- und Milchviehbetriebe Tag für Tag, 365 Tage im Jahr, im Dienst ihrer Tiere. Keine Ferien, keine Feiertage, keine freien Wochenenden – Verantwortung hört nicht um 17 Uhr auf.

Dass es exakte Berechnungen über die Arbeitsbelastung von Acker-, Grünland- und Rinderbetrieben gibt, ist bekannt. Doch an diese Zahlen kommt man kaum heran – sie werden von der Agrarpolitik gehütet wie ein Staatsgeheimnis. Denn an den entscheidenden Hebeln sitzen traditionell Ackerbauern aus Niederösterreich, gut vernetzt über den Bauernbund und Raiffeisen.

Und wenn dann einmal jemand aus einer anderen Richtung an die Macht kommt – wie Minister Totschnig –, dann zeigt sich rasch, dass er vor allem eines ist: ein braver Erfüllungsgeliebter dieses Systems.

Die Wahrheit ist unbequem: Die Politik orientiert sich am Hektar, nicht an der Leistung. Sie belohnt Besitz, nicht Arbeit. Derjenige, der 50 Hektar bewirtschaftet und 30 Tage im Jahr am Traktor sitzt, wird im System stärker berücksichtigt als jener, der 365 Tage Stallluft atmet. Darum ist Fischlers plötzliche Offenheit bemerkenswert. **Woher nimmt er jetzt diesen Mut – oder diese Wut –, so etwas zu sagen?** Ist es späte Einsicht, ein Anflug von Ehrlichkeit oder einfach Distanz zu jenen Strukturen, die er selbst jahrzehntelang mitgeprägt hat? Diese Frage darf gestellt werden.

Wir von der IG-Milch fordern seit Jahren eine ehrliche Bewertung landwirtschaftlicher Arbeit – nicht nach Fläche, sondern nach Leistung, Verantwortung und gesellschaftlichem Beitrag.

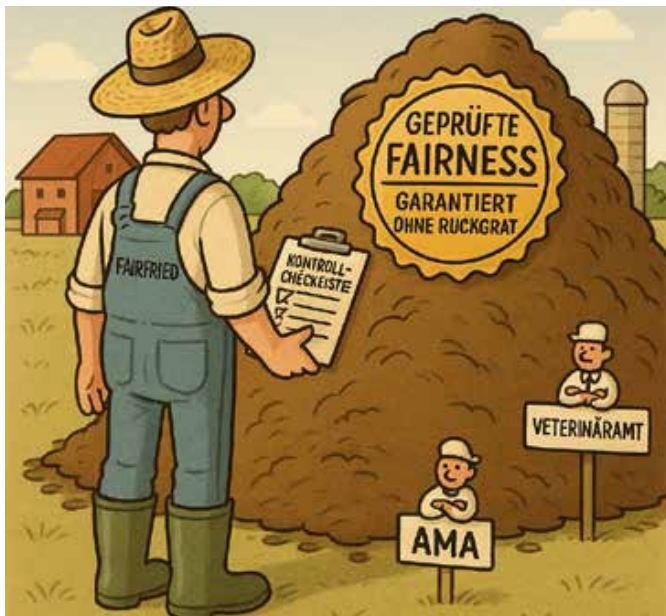
Solange jene die Förderpolitik bestimmen, die selbst am wenigsten arbeiten, bleibt das System ungerecht.

Wenn also Franz Fischler heute feststellt, dass ein 50-Hektar-Ackerbauer 30 Tage im Jahr arbeitet, dann sagen wir: „Willkommen in der Realität, Herr Fischler.“

Diese Realität leben wir Milchbauern seit Jahrzehnten – Tag für Tag, früh und spät, mit und ohne Applaus.

Demokratie mit Gütesiegel

Geprüfte Fairness, garantiert ohne Rückgrat



erstellt mit Microsoft Copilot

Von Fairfried

Es gibt ja heute nichts mehr ohne Kontrolle. Wer Kühe hält, muss Haltungsformen erfüllen. Wer Milch verkauft, braucht Zertifikate, Nachweise, Audits, Fotodokumentation, QR-Codes und ein Lächeln beim AMA-Kontrollleur. Sogar der Misthaufen ist mittlerweile digital – man weiß genau, wann er wendet, wo er dampft und wie er riecht. Nur bei der **Demokratie** schaut niemand mehr so genau hin. Vielleicht bräuchte sie einfach ein **Gütesiegel**, dachte ich neulich. „AMA-zertifizierte Demokratie – garantiert fair, regional und rückverfolgbar.“ Dann könnte man endlich feststellen, ob das, was im Parlament steht, überhaupt aus artgerechter Haltung stammt – oder aus einer politischen Massentierhaltung, wo Meinung und Moral im Wochenrhythmus ausgetauscht werden.

In meiner Welt gilt: Wenn ich Mist baue, kommt sofort wer zum Kontrollieren. In der Politik gilt: Wenn die Mist bauen, kriegen sie einen neuen Titel und eine Einladung ins Fernsehen. Da stimmt doch was nicht.

Wer kontrolliert eigentlich die Kontrolleure?

Bei uns am Hof kommt die AMA, das Veterinäramt, das Finanzamt, die Versicherung, die Molkerei, die Bank und das Wetter. Aber wer kommt zu denen, die wirklich Macht haben? Wer schaut, ob ein Gesetz sauber gemolken wurde oder ob's nur wieder ein Produkt aus Raiffeisenstallhaltung ist? Vielleicht müsste man Demokratie ähnlich einstufen wie Tierhaltung.

Haltungsform 0: autoritär, kein Auslauf, Zwangsfütterung.

Haltungsform 1: Demokratie auf Diät, wenig Transparenz, viel Propaganda.

Haltungsform 2: öffentliches Auslaufgehege, Wahlen erlaubt, aber Futter rationiert.

Haltungsform 3: Freiland-Demokratie mit echten Entscheidungen.

Haltungsform 4: Utopie – gefährdet, selten, kaum noch gesichtet.

Die AMA würde stolz das Pickerl draufkleben: „Geprüft – aber ohne Rückgrat.“ Denn was wir gerade erleben, ist eine **Demokratie im Bürokratiendurchlauf**.

Überall Papier, aber kaum Substanz. Man kann alles belegen, nur nicht mehr, dass jemand Haltung hat. Und wenn jemand zu laut nach Fairness ruft, heißt es gleich: „Bitte wenden Sie sich an die zuständige Stelle. Die Demokratie ist gerade nicht erreichbar.“

Vielleicht liegt das daran, dass sich viele gar keine Gedanken mehr darüber machen, was Demokratie bedeutet.

Für manche ist sie nur noch eine bequeme Verpackung – ein Etikett, das gut aussieht, solange man nicht liest, was drin ist.

Und während rechte Parteien davon träumen, sie ganz abzuschaffen, träumen andere davon, sie einfach zu verwalten. Doch Demokratie ist kein AMA-Siegel.

Sie lebt nicht von Formularen, sondern von Menschen, die sich einmischen – auch wenn's unbequem ist.

Und sie braucht **Gewaltenteilung**, nicht nur auf dem Papier, sondern in der Praxis: eine Justiz, die unabhängig ist, und Behörden, die den Mut haben, Macht zu kontrollieren, statt ihr zu dienen.

Darum sage ich:

Wir brauchen keine neue Kontrollverordnung für die Bauern. Wir brauchen eine für die Demokratie.

Mit Stichproben, unangekündigten Kontrollen und dem Mut, Fehlverhalten zu ahnden – nicht zu belohnen.

Denn was nutzt das beste Gütesiegel, wenn drinnen längst nichts Echtes mehr ist?